

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- **Brasilien nach der Wahl Jair Bolsonaro: Der Block Boi – Bíblia – Bala**
- **„Neue Seidenstraße“: Durch die Ozeane zur Macht**
- **Berlin – Vorreiter gegen „Mietenwahnsinn“?**
- **Die EU braucht eine Richtlinie für armutsfeste Grundsicherungssysteme**
- **Ein merkwürdig unruhiger Sommer, eine unübersichtliche Zeit**
- **Kalenderblatt, 3. Januar 1919, 100 Jahre polnische Arbeitsinspektion**

Ausgabe Nr. 7 am 25. Juli 2019, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“.
Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Ursula von der Leyen Kommissionspräsidentenschaft: Eine Herausforderung für die Friedenspolitik

MARTIN FOCHLER, MÜNCHEN

In dem unter großer Anteilnahme der europäischen Öffentlichkeit neu gewählten Europaparlament konnten die Parteifamilien nicht zu einem Mehrheitsvotum für die Besetzung des Kommissionspräsidiums finden. Damit hat das Europaparlament, das um Vorschlagsrechte für Personalentscheidungen und Gesetze kämpft, die politische Initiative verloren. Wäre im Parlament eine Mehrheit sichtbar geworden, so hätte das übergreifenden sozial- und menschenrechtlich und ökologisch relevanten Projekten Schwung verliehen und die Diskussion der europäischen Öffentlichkeit Europas belebt. Die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger Europas ist somit nicht gefördert worden – wie es hätte kommen können. Sie wurde geschwächt, wie es (so würden es manche sagen) hat kommen müssen. Im Verhältnis der geteilten Gewalten wurde die Exekutive gestärkt.

Formal und unübersehbar, weil die Besetzung des Kommissionspräsidiums

wesentlich Sache der Exekutivrepräsentanten der EU-Staaten geblieben ist. Das Europaparlament, und im Europaparlament insbesondere die bundesdeutschen Sozialdemokraten, gerieten in die Rolle eines politischen Unsicherheitsfaktors. Sie konnten nicht andeutungsweise sagen, was nach einer Niederlage der Kandidatin von der Leyen konkret geschehen soll.

Auf eine Verlagerung der politischen Bindekräfte der Union lässt schließen, dass sich die Staats- und Regierungschefs mit Frau von der Leyen auf eine Person verständigten, die ihnen als Verteidigungsministerin bekannt war. Die Militärangelegenheiten der EU sind über die Nato verklammert. Die Einigung auf diese Personalie markiert somit eine Akzentverschiebung von der zivilen auf die militärische Zusammenarbeit.

Nun hat Frau von der Leyen im Zuge ihrer Bewerbung die militärpolitischen Aspekte nicht in den Vordergrund gestellt. Da sie vom Parlament gewählt werden musste, hat sie dessen Part übernommen und soziale, ökologische und partizipative Versprechen formuliert. Warum ist es ein großer Unterschied, ob soziale, ökologische, demokratische Reformen von gewählten parlamentarischen Vertreterinnen und Vertretern formuliert werden oder von der Exekutive?

Die Initiative einer parlamentarischen Mehrheit zeigt an, dass ein zivilgesellschaftlicher Aushandlungsprozess vorausgegangen ist, der den Geist von Gesetzen und Verordnungen bestimmt. Fehlt es daran, hat man eine Behörde, die ewig zerstrittene und zur Selbstverwaltung unfähige Bürgerinnen und Bürger zu ihrem Glück zwingen kann und darf, weil sie die bessere Einsicht hat.

Der Nimbus der höheren Werte hilft den Rüstungsprojekten weiter, die in der Bevölkerung der EU-Staaten nicht populär, aber technisch auf dem Weg sind. Jagdflugzeug, Panzerwaffe, Marinerüstung, Weltraumpräsenz, Cyberkrieg – gigantische Ausgaben. Die EU tritt in eine Phase ein, in der sie sich weniger über wirtschaftliche, soziale und menschenrechtliche Ziele legitimiert und mehr über politisch-militärische. Die Militarisierung der Außengrenzen findet statt – sei es durch Abschottung wie im Mittelmeer, sei es durch Anschluss neuer Gebiete, wie im östlichen Europa.

Die sozial, demokratisch und ökologisch eingestellten Vertreterinnen und Vertreter im Europaparlament sind auf diese Ziele ausgerichtet. Auf diesen Gebieten waren in der Vergangenheit Erfolge mit – und bis zu einem gewissen Grade auch gegen – die EU-Behörden erreichbar, insbesondere im Zusammenwirken mit den gewerkschaftlichen und

ökologischen und menschenrechtlichen Bewegungen.

Gegen die Militarisierung der europäischen Politik gibt es europaweit Bewegungen, ein Konzept zur Abrüstung Europas, das nur greifen wird, wenn es mindestens mit den nahen Nachbarstaaten vereinbart ist, liegt aber nicht vor. Damit bleibt das Kerngebiet der Außenpolitik in der Hand der exekutiven Organe. Die Besetzung des Amtes des EU-Außenbeauftragten, das nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs von Josep Borrell aus Spanien wahrgenommen werden soll, steht im Europaparlament zur Bestätigung an. Damit besteht jedoch auch eine Chance, die EU-Außen- und Sicherheitspolitik zum Thema der zivilgesellschaftlichen Kritik und der Suche nach Alternativen zu machen.

Noch nicht im Amt, aber die Minister springen vom rasenden Brexit-Zug

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Entgegen der üblichen Gepflogenheiten wollen ungefähr ein Dutzend Kabinettsmitglieder zurücktreten (darunter Finanzminister Hammond und Justizminister Gauke), wenn Boris Johnson von den 160 000 zur Wahl aufgerufenen Mitgliedern der Konservativen Partei zum neuen Parteivorsitzenden und damit ins Amt des Premierministers gewählt wird. Von anfangs zwölf Bewerbern sind noch Johnson und Jeremy Hunt, der jetzige Außenminister, übriggeblieben. Johnson, der es wohl werden wird, will durch seine Drohung, einen Brexit auch ohne vertragliche Vereinbarungen mit der EU durchzuziehen, die EU vor sich her treiben, um freie Hand für ein Umkrempeln der britischen Gesellschaft zu bekommen. Eine Lösung für eine innerirische Grenze, der entscheidende Punkt, warum es bisher nicht zu einem Austrittsvertrag zwischen EU und Großbritannien gekommen ist, hat er auch nicht, aber einen markigen Spruch: es müsse doch möglich sein, wenn die Menschen sogar auf den Mond fliegen. Für Nicht-Briten ist es schwer, nachzuvollziehen, was dieser Argumentationsstil (höflich ausgedrückt) in dem Land auslöst und welche Traditionen er zerstört: es galt bislang das ungeschriebene Gesetz, dass es beim Streit um die besseren Argumente geht, seit der Brexit-Kampagne, so beklagen viele, wird nicht mehr zugehört, sondern es geht nur noch um die wirkungsmächtigere Parole, egal ob der Inhalt trägt oder nicht. „Take back control“ (Holt Euch die Kontrolle zurück) – das war die Leitparole der Kampagne – und auch schon alles, was bisher dazu gesagt worden ist, wenn

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln. Herausgeber: Edith Bergmann, Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Karl-Helmut Lechner, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft / Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler (alk, verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com, Rolf Gehring (rog), Christoph Cornides (chc).

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff (thj, verantwortlich), t.jannoff@web.de; Rüdiger Lötzer (rül), Ulli Jäckel (ulj), Rosemarie Steffens (ros).

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler (maf, verantwortlich), pb@gnn-verlage.de, Eva Detscher (evd), Jörg Detjen (jöd).

Kalenderblatt: Eva Detscher (verantwortlich) eva.detscher@web.de

Titel und letzte Seite: Alfred Küstler (verantwortlich), stuttgart@gnn-verlage.com.

Internet und Archiv: Barbara Burkhardt, b.burkhardt44@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH c/o Jörg Detjen, Marienstr. 32, 50825 Köln, Tel. 0221/211658. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Versand: Projekt Print, München
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

es denn Wirklichkeit wird mit einem Großbritannien außerhalb der Gemeinschaft der europäischen Staaten.

Theresa May in ihrer Abschiedsrede am 16. Juli: „Ein Unvermögen, Prinzipien mit Pragmatismus zu kombinieren und Kompromisse zu schließen, wenn das nötig wird, scheint unseren gesamten politischen Diskurs auf den falschen Pfad nach unten gebracht zu haben.“ „Praktisch hat das zu einer Form von Absolutismus geführt: einer der glaubt, dass wenn er einfach seine Sicht der Dinge nur laut genug und lange genug als gültige hinstellt, der wird sich durchsetzen.“ Natürlich bleibt diese Rede nicht unwidersprochen: gerade aus dem Labour-Lager wird an Mays ungute Rolle als Innenministerin und – so der „Guardian“ – als Steigbügelhalterin für Nigel Farage erinnert.

Apropos Labour: gegen Corbyn formiert sich eine linke (!) Opposition. Unter der Bezeichnung „Labour first“ finden sich Mitte-Links Politiker und Aktivisten zusammen und greifen Corbyn wegen seiner „Bunkermentalität“ an. Auch werden Vorwürfe, dass er und sein „innerer Zirkel“ rassistische und antisemitische Emotionen bediene, konkretisiert. Die uneindeutige Haltung zur EU und zum Brexit liegt auf dieser Partei wie ein Felsklotz – so kann Labour auch nicht profitieren von den lebendigen Anti-Brexit-Kampagnen in ganz Großbritannien. So zogen letzten Samstag eine von „People’s vote“ veranstaltete Demonstration mit mehr als einer halben Million Teilnehmern durch London, unterstützt von vielen Initiativen wie #EUCitizensChampion, #DeniedMyVote, #StopBrexitSaveDemocracy, #StopBrexitSaveBritain, @eucitizenschamp, #eucitizenschampion, @the3million, @BritishInEurope (siehe Politische Berichte April 2019).

Ein heftiger Verfassungsdiskurs ist ausgebrochen, weil Boris Johnson das Parlament austricksen will: eigentlich steht eine Mehrheit in dem Parlament, dass ein No-Deal auf jeden Fall nicht stattfinden wird, aber: das Parlament habe versäumt, aus dieser Mehrheit ein Gesetz zu machen, das den No-Deal ausschließt, die Abstimmung im Januar gelte nur als Stimmungsbild. Wenn Johnson also das Parlament umgehen will, so spekuliert er auf die sogenannte Prorogation: „Das britische Parlament tagt üblicherweise in einjährigen Sitzungsperioden, die jeweils durch eine Eröffnungszeremonie eingeleitet werden. Dabei verliert Königin Elizabeth II. das Regierungsprogramm. Endet eine Sitzungsperiode, wird das Parlament für eine bis mehrere Wochen geschlossen (Prorogation). In dieser Zeit ruhen alle parlamentarischen Aktivitäten ... Boris



Matthias Paykowski, Karlsruhe. Die Bewegung von Migranten „ohne Papiere, ohne Stimme und ohne Gesicht“ – sie bezeichnen sich selbst als „Schwarzwesten“, „Gilets noirs“ – haben im Mai Aktionen gegen Abschiebungen im Flughafen Charles de Gaulle durchgeführt und im Juni den Turm der Elior-Gruppe in Paris besetzt, ein international tätiges französisches Unternehmen. Sie werfen Elior vor, sich an der Beschäftigung von Migranten ohne Papiere zu bereichern. Am 12. Juli besetzten mehrere hundert Migranten das Panthéon in Paris, seit der französischen Revolution die nationale Ruhmeshalle Frankreichs, der Ort, an dem bedeutende Persönlichkeiten der französischen Geschichte wie Hugo, Zola, Voltaire, Rousseau geehrt werden. Die Polizei beendete noch am Nachmittag die Besetzung, nahm 37 Personen fest. Es gab etliche Verletzte. Die Gilets noirs fordern bessere Lebensbedingungen für Einwanderer ohne Papiere. Viele müssen in Zeltstädten an den Pariser Autobahnen schlafen. Sie kritisieren, dass

gleichzeitig Tausende von Wohnungen in Paris leer stehen. Ohne Papiere und Wohnung sind sie dauerndes Ziel polizeilicher Verfolgung und ständig mit Gefängnis bedroht. Sie fordern ein Gespräch mit dem Premierminister und wollen sich nicht mehr mit Gesprächen mit dem Innenminister zufriedengeben.



Johnson könnte diese Parlamentspause um den geplanten EU-Austritt Ende Oktober legen, um eine Intervention der Abgeordneten zu unterbinden.“ (zitiert nach FAZ vom 18.7.19).

Außenpolitische Krise

Die Festsetzung des Frachtschiffes Stena Impero (30 000 Tonnen) durch die iranischen Revolutionswächter der Straße von Hormuz am 19. Juli mit Festnahme der Besatzung war eine erwartbare Reaktion darauf, dass die Behörden des britischen Territoriums Gibraltar am 4. Juli das iranische Schiff „Grace 1“ unter dem Verdacht festgesetzt hatten, eine Erdöllieferung für Syrien getankt zu haben, und diese Festsetzung am 19. Juli um 30 Tage verlängert haben. Die Situation

ist hochgefährlich, weil eine weitere Verschärfung des britisch-iranischen Konflikts möglich ist. Die NZZ argumentiert: „Erstens erlaubt die fortgesetzte Festhaltung der „Grace 1“ in Gibraltar den USA, Ansprüche auf den iranischen Öltanker zu erheben. Ein amerikanisches Gericht müsste lediglich dessen Einzug als zivile Vermögensbeschlagnahme anordnen – die Folge wäre zumindest ein langes gerichtliches Verfahren. Zweitens wird London durch die Affäre zunehmend gedrängt, sich für ein Vorgehen zu entscheiden – entweder dem harten amerikanischen Kurs gegenüber Iran zu folgen oder weiterhin demjenigen der EU, die das Atomabkommen mit Teheran retten will. Theresa May hat das amerikanische Angebot, einer Operation zum Schutz der

internationalen Seefahrtwege im Persischen Golf beizutreten, aus Rücksicht auf die EU bisher abgelehnt. Nun werden gemeinsam mit den USA durchgeführte militärische Eskortierungen offenbar ernsthaft in Erwägung gezogen. Laut Verteidigungsministerin Penny Mordaunt handelt es sich bei der Beschlagnahme des Supertankers um einen „feindlichen Akt“. Pro Tag durchfahren 15 bis 30 Erdöltanker unter britischer Flagge die Meeresstraße von Hormuz.“ Während Theresa May noch gezögert hatte, steht Boris Johnson in den Startlöchern für den Schulterschluss mit den USA. – Ein bitterer Vorgeschmack auf die Zeit, wenn Großbritannien nicht mehr Teil der EU sein wird.

Bremen: Linke-Mitglieder stimmen Koalitionsvertrag zu

PM Die Linke Bremen. Die Abstimmungskommission der Bremer Linken hat am 22. Juli das Ergebnis über den Mitgliederentscheid über den Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke bekannt gegeben. Die Mitglieder haben mehrheitlich mit Ja gestimmt.

Stimmberechtigt waren 580 Mitglieder, davon haben sich 349 Mitglieder an der Abstimmung beteiligt. Dies sind 60,17 Prozent.

- 339 Stimmen waren gültig, 10 Stimmen ungültig.
- Mit Ja haben 266 Mitglieder gestimmt, dies entspricht 78,5 Prozent.
- Mit Nein haben 67 Mitglieder gestimmt, dies entspricht 19,8 Prozent.
- Mit Enthaltung haben 6 Mitglieder gestimmt, dies entspricht 1,7 Prozent.

Landessprecherin Cornelia Barth, freut sich über das Ergebnis. „Ich danke unseren Mitgliedern, dass sie sich trotz der Urlaubszeit so zahlreich an dem Mitgliederentscheid beteiligt haben. Das Ergebnis zeigt auch, dass wir in unserer Verhandlungskommission eine gute Arbeit geleistet haben. Auf dieser Grundlage können wir den Koalitionsvertrag unterzeichnen und nach der Senatswahl in die Arbeit der ersten rot-grün-roten Koalition im Westen einsteigen, um die Inhalte des Koalitionsvertrages umzusetzen. Wir erwarten, dass es uns gemeinsam gelingen wird, die soziale Spaltung im Land Bremen zu bekämpfen und allen Menschen mehr gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Dieser Politikwechsel erfordert sowohl eine stärkere Beachtung der Lebenslagen aller Einwohner*innen des Landes Bremen als auch die gegebenenfalls notwendige Finanzausstattung, um auch in Bremen gleichwertige Lebensverhältnisse wie in anderen Bundesländern sicher zu stellen.“

Brasilien nach der Wahl Bolsonaros: Der Block Boi – Bíblia – Bala

ACHIM WAHL, BERLIN

Mit 55 % der Wähler*innenstimmen wurde der ehemalige Hauptmann der brasilianischen Armee, Jair Bolsonaro, als Kandidat der rechtspopulistischen PSL (Partido Social Liberal) am 28. Oktober 2018 zum Präsidenten gewählt. Sein Diskurs war antisystemisch, geprägt von antifeministischen, homophoben, antidemokratischen und rassistischen Aussagen sowie gegen das Establishment gerichtet. Er verherrlicht die Militärdiktatur der Jahre 1964 bis 1985.

Die Wahl brachte den Interessengruppen „Boi“ („Ochse“, steht für das Agrobusiness) – „Bíblia“ („Bibel“, für die religiösen Fundamentalist*innen) – „Bala“ („Kugel“, für Militär/Polizei) die Mehrheit in Abgeordnetenhaus und Senat. Besonders stark erhöhte sich die Zahl der Abgeordneten ehemaliger Militärs. Gemeinsam mit den Abgeordneten der Evangelikalen verfügen sie nun über eine komfortable Mehrheit.

Die PT (Partido dos Trabalhadores), deren Kandidat Fernando Haddad 44% bei o.g. Präsidentenstichwahl Ende Oktober erzielte, hat ihre Wählerschaft im verarmten Norden und Nordosten nicht verloren, dort gewann sie vielmehr vier Gouverneurswahlen. Das zeigt, dass Brasilien sozial und territorial ein gespaltenes Land ist. Eine Einigung im linken Lager auf eine/n gemeinsame/n Kandidat*in wurde nicht erzielt. Die Linke insgesamt erlitt eine empfindliche Niederlage.

Das Kartell aus Medien, Justiz, Polizeiapparat und Staatsanwaltschaft, das eine Operation zur Aufdeckung von Korruptionsfällen („Lava Jato“, in etwa „Operation Hochdruckreiniger“ in Anspielung an massive Geldwäsche) durchgeführt hatte, ermöglichte das Aufkommen Bolsonaros als Kandidaten extrem rechter Kräfte, denn das dadurch herbeigeführte Chaos hebelte das demokratische System aus.

Im Ergebnis der Operation wurden Dutzende Politiker*innen, Abgeordnete, Staatsangestellte, Minister*innen der verschiedensten Parteien, vor allem aber Vertreter*innen der PT verurteilt. Schließlich traf es auch den Ex-Präsidenten Lula da Silva, der in außergewöhnlicher Schnelligkeit zu zwölf Jahren Gefängnis verurteilt wurde, seit Juni 2018 in Haft ist und somit als Präsidentschaftskandidat ausfiel. Bis zu dem Zeitpunkt hatte er die Umfragen klar angeführt. Aktuell mehrten sich Hinweise, dass sich der damals

verantwortliche Richter Sergio Moro vor dem Urteilsspruch illegalerweise mit den Staatsanwälten abgesprochen hat. Damit hat der heutige Justizminister eine höchst problematische Rolle inne.[1]

All das diente dem Wahlkampf Bolsonaros, der von den Eliten Brasiliens und externen Kräften unterstützt wurde. Dabei half ihm die Durchdringung der brasilianischen Bevölkerung mit Sozialen Medien wie Facebook und WhatsApp. 83% nutzen die kostenlose App WhatsApp, während der Zugang zum Internet allein durch die Kosten einem relevanten Teil der Bevölkerung verwehrt ist. Somit konnten gezielt fake news zu Bolsonaros Gunsten effizient und erfolgreich verbreitet werden, während das Überprüfen der Informationen schwierig bis unmöglich war.

Bolsonaro, seit Jahren ein eher unscheinbares Mitglied des Abgeordnetenhauses, wurde gefördert durch eine Gruppe Militärs, die er nach der Wahl zu Regierungsmitgliedern ernannte: der Minister des Sicherheitskabinetts General Augusto Heleno, sein Assessor General Eduardo Villas-Boas, vordem Oberkommandierender der Armee, der Minister der Präsidialkanzlei General Carlos Alberto Santos Cruz, der Verteidigungsminister Fernando Azevedo e Silva und der gewählte Vizepräsident Hamilton Mourão, General a.D. Bolsonaro versprach diesen Generälen schon 2014, „in Brasilien Ordnung zu schaffen“ und mit „kommunistischen Umtrieben“ Schluss zu machen.

Der Charakter der Regierung Bolsonaro

Ausgerichtet auf die komplette Ablehnung der PT, aber auch anderer „Systemparteien“, ist die antilinks-Orientierung Grundlage der Regierung Bolsonaro. Er ist nicht schlechthin ein „Trump Südamerikas“, seine Positionen werden vielmehr geprägt von faschistoiden Zügen. Der Stratege der Wahlkampagne von US Präsident Donald Trump, Steve Bannon, der sich aktiv an der Kampagne Bolsonaros beteiligt hatte, meinte „in einem Teil der Welt, in dem es einen radikalen Sozialismus gibt, in dem Chaos und eine Wirtschaftskrise wie in Venezuela herrschen, wird Bolsonaro den Weg eines 'aufgeklärten' Kapitalismus gehen und ein populistischer und nationalistischer Präsident sein.“

Ein Treffen konservativer Vertreter*innen im Dezember 2018 im brasilianischen Foz de Iguazú, das der Sohn Bolsonaros, Eduardo Bolsonaro, organisierte,

stellte fest, dass „die Stunde gekommen ist, unsere Ideen zu ordnen, um eine bessere Welt zu schaffen, in der das Individuum im Mittelpunkt steht und nicht das Kollektiv oder der Staat.“ Diese Aussage legt nahe, dass es dem brasilianischen Kapital um die uneingeschränkte Ausübung der Macht geht. Eine Politik des Interessenausgleichs zwischen oben und unten, die die vorherigen Regierungen anstrebten, ist vorbei und wird durch Klassenkampf von oben ersetzt.

Zu erwartende Veränderungen

Grundsätzlich sind drei politische Veränderungen zu erwarten:

Erstens: Eine verstärkte Annäherung an die USA und Weiterentwicklung der militärischen Beziehungen zu den USA und Israel, verbunden mit einer verstärkten Tätigkeit militärischer Unternehmen in Brasilien. Die Regierung Temer (2016-2018) gestattete 2017 erstmalig eine US-Beteiligung an einem Manöver im Amazonasgebiet – Operación América Unida. Bolsonaro führt diesen Weg fort: Während seines Vorwahlaufenthaltes in den USA besuchte er vornehmlich militärische Unternehmen. Des Weiteren will er den USA Zugang zur brasilianischen Militär- und Raketenversuchsbasis in Alcântara (Staat Maranhão) gestatten, was die PT-Präsident*innen Lula da Silva und Dilma Rousseff bisher verhindert hatten.

Zweitens wird Bolsonaro unter Regie des Wirtschaftsministers Paulo Guedes, einem gelernten Chicago-Boy, und im Interesse der brasilianischen Eliten zur offenen neoliberalen Agenda zurückkehren: Privatisierungen (Energiewirtschaft wie das halbstaatliche Mineralölunternehmen Petrobras), Austeritätspolitik, Deregulierung, Rücknahme sozialer Errungenschaften und Ausrichtung des Wirtschaftsapparates auf Rohstoffexport. Geplant ist der Verkauf von Lizenzen zur Ausbeutung von Ölfeldern der Pre-Salt-Vorkommen an US-Unternehmen. Das bedeutet stärkere Ausbeutung der Naturressourcen, die Zerstörung von Biodiversität und Primarisierung der brasilianischen Ökonomie.

Mit der Arbeitsrechtsreform (Abschaffung kollektiver Arbeitsverträge, Outsourcing, Flexibilisierung der Arbeitsnormen), der Reform und Kapitalisierung des Rentensystems und Zerstörung der Gewerkschaften wird eine Offensive des Kapitals eingeleitet, die zu mehr Prekarisierung und Ausbeutung der Arbeitskraft führt.

Bolsonaro erklärte die Agrarreform für beendet, lockerte die Einschränkungen des privaten Waffenbesitzes[2], legte die Tätigkeiten der Behörde für die Markierung indigener Gebiete lahm und will das Amazonasgebiet für das Agrobusiness

öffnen. Er kündigte außerdem an, eine Kürzung der Ausgaben für Universitäten und Schulen um 30% vorzunehmen, um die „linken Umtriebe“ in diesen Institutionen einzuschränken.

Allerdings formiert sich auch bereits landesweit der Widerstand: eine Million Professor*innen und Studierende protestierten gegen die Kürzungen im Bildungssektor, Gewerkschaften und andere Organisationen führten am 14. Juni einen Generalstreik gegen die geplanten Veränderungen der Arbeitsrechtsreform durch, es gab Proteste gegen die geplante Rentenreform, Gegenproteste zu Feiern der Militärdiktatur, indigene Proteste gegen Landraub, etc.

Drittens wird o.g. ehemaliger Korruptionsrichter, inzwischen Justizminister Sergio Moro Kurs auf den Ausbau eines autoritären Staates nehmen, wozu bereits erste Schritte eingeleitet wurden. Mit dem „Antiverbrechenpaket“ werden konstitutionelle Normen ausgesetzt. Das Dekret zum Waffenbesitz eröffnet Wege zur Willkür und Militarisierung der Gesellschaft.

Ausgewählter Gegner der Regierung Bolsonaros ist u.a. die politische und soziale Linke. Überrascht von der Wahl Bolsonaros zum Präsidenten, ringt sie gegenwärtig um die Herstellung ihrer Einheit. Zu erwarten ist eine verschärfte Repression gegen linke Kräfte. Die Schaffung einer demokratischen und antiautoritären Einheitsfront, ebenso wie die Forderung „Freiheit für Lula“, steht auf der Tagesordnung.

Herausforderungen und Probleme für die Bolsonaro-Regierung

Obwohl die Eliten Brasiliens die Regierung Bolsonaro generell unterstützen, kämpfen verschiedene Teile um Einfluss. Bolsonaro hat mit Vorwürfen wegen Geldwäsche und Korruption zu kämpfen, in die einer seiner Söhne und seine Ehefrau verwickelt sind. Vizepräsident Mourão hat, entgegen des Sprechverbotes Bolsonaros, die Transparenzmachung der vorgenommenen Transaktionen eingefordert. Einzelne Medien wie der „O Globo“ und die „Folha de São Paulo“ sprechen nun von „Bolsogate“ und fordern Aufklärung.

Die Regierungsgeneräle können mit der Unterstützung der traditionellen Eliten rechnen, angeführt von Marinho (Chef der Mediengruppe „Rede Globo“), der im Fernsehkanal Globo sein Urteil zu Bolsonaro gesprochen hat: „Es wäre naiv zu glauben, dass Bolsonaro sich als Präsident aufführen und die Regierungsverantwortung übernehmen kann“, womit deutlich wird, dass diese Kräfte die führende Position in der Regierung einnehmen wollen.[3]



Der frischgewählte Präsident Jair Bolsonaro traf sich mit Freunden, darunter der Bauunternehmer, Grundbesitzer und Politiker Uugton Batista da Silva. (Foto: Alan Santos/PR, CC BY 2.0 Flickr.com)

Problematisch ist aber auch die wirtschaftliche Situation des Landes, die einzelne Fraktionen der Bourgeoisie negativ beeinträchtigt und Ungleichgewichte zwischen der internen und der mit dem Auslandskapital verbundenen Bourgeoisie hervorbringt. Unklar ist, ob der Wirtschaftsminister Guedes in der Lage ist, diese Interessenunterschiede auszugleichen. Die Krise des Vorjahres ist nicht überwunden, während der die Wirtschaft um 7% rückläufig war. Mit einem Wachstum von 0,1% im ersten Quartal 2019 steht die brasilianische Wirtschaft vor einer Rezension.

Die Armutsrate stieg von 25,7% (d.h. 52 Mio. Menschen) 2016 auf 26,5% (54,8 Mio. Menschen). Die Ungleichheit der Lohnzahlungen zwischen Mann und Frau, Schwarz und Weiß verstärkte sich, die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen liegt bei 22,6%. Zu verzeichnen ist außerdem eine weitere Zunahme der informellen Arbeit.

Wesentlich sind gegenwärtig die Auseinandersetzungen des fundamentalistisch-religiösen Flügels der Bolsonaro-Regierung, den Anhänger*innen des Guru Olaf de Carvalhos[4], mit den hohen in der Regierung tätigen Militärs. Fast täglich attackieren diese aus den verschiedensten Anlässen die Generäle. Der Guru de Carvalho hat direkte Verbindungen zum Präsidenten Bolsonaro und unterhält nach Angaben brasilianischer Medien enge Kontakte zu ultrarechten Kreisen in den USA (bspw. zu Bannon). Ihr Ziel ist eine enge Anlehnung an die Trump-Administration. Dagegen stehen die Militärs, die ihr politisches Modell verfolgen, das Brasilien mehr Unabhängigkeit garantiert und eine zu starke Unterordnung unter US-Vorherrschaft kritisch sieht. Konkrete Beispiele sind u.a. die Ablehnung der US-Beteiligung an der Basis Alcântara.

Die Position Brasiliens in Lateinamerika und der Welt

Die Agenda der fundamentalistisch-religiösen Kräfte ist demnach durch diese widerstreitende Interessen geprägt:

Einerseits USA-Nähe und andererseits der Ruf nach einem starkem brasilianischen Staat. Was sie gemein haben, ist die antilinke Haltung sowie die Atomisierung der internationalen Beziehungen. „Im Geist Jesus Christus muss der Kampf gegen den Globalismus, dessen einziges Ziel darin besteht, Mensch und Gott zu entfremden, geführt werden“. Bolsonaro wird einen Bruch mit der traditionell auf Ausgleich ausgerichteten Außenpolitik Brasiliens einleiten und sie „von ideologischen Grundzügen“ befreien. Dabei bezieht er sich vornehmlich auf China („gegen das maoistische China, das die Welt beherrschen will“), Kuba, Venezuela und die arabischen Staaten, die er als „terroristische Gefahr“ betrachtet. Besonders deutlich wurde er während seines Aufenthaltes in Davos. Dort erklärte Bolonaro: „Wir wollen kein bolivarisches Lateinamerika wie vorher in Brasilien und in anderen Ländern. Ich Sorge dafür, dass die Linke in Lateinamerika nicht dominieren wird.“

Mit seiner Absicht, die Botschaft nach Jerusalem zu verlegen, will er Signale in Richtung Israel senden, da „die neue Regierung völlig neue Beziehungen zu Israel entwickeln wird.“

Mit der Ernennung von Ernesto Araújo zum Außenminister bekräftigt Bolsonaro seine Absichten. Der Karrierediplomat war bisher dort Leiter der Abteilung USA, Kanada und Interamerikanische Beziehungen. In Araújo's Blog „Metapolítica“ wird dessen fundamentalistische religiöse Position deutlich: „Der Globalismus ist ein ökonomisches Projekt, das vom kulturellen Marxismus getragen wird. Es ist ein antihumanes und antichristliches System. Der Geist Christus bedeutet heute, gegen den Globalismus zu kämpfen, dessen eigentliches Ziel darin besteht, die Verbindung des Menschen zum Gott zu zerstören. Es will den Menschen zum Sklaven und Gott irrelevant machen. Das metapolitische Projekt heißt, sich in der Politik und der Geschichte gegenüber der Anwesenheit Gottes zu öffnen.“

Vertreter*innen dieser Auffassungen sehen in Trump und Bolsonaro die „Retter der westlichen Zivilisation“, die charakterisiert wird durch Werte wie Familie und Gott. Sie sind es, die die westliche Welt vor dem Verfall retten wollen.

Positionen zu Lateinamerika:

Die Bolsonaro-Regierung orientiert sich auf eine stärkere Zusammenarbeit mit anderen neoliberal/konservativ ausgerichteten Regierungen Lateinamerikas. Die 2011 gegründeten CELAC (Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten), in der Kuba vertreten ist (nicht die USA und Kanada), existiert nur noch formal. Brasilien verließ die

UNASUR (Union der Nationen des Südens). Die seit 2011 existierende Alianza del Pacífico (Pazifische Allianz) ging in der Lima-Gruppe auf, aus der sich im März 2019 in Santiago de Chile das „Foro para el Progreso del Sur“ (Forum für den Fortschritt des Südens), die PROSUR, formierte, dessen wesentliches Interesse die politische Isolierung Venezuelas ist. Damit haben die konservativ orientierten Kräfte Lateinamerikas die von den Mitte-Linksregierungen geschaffenen Integrationsprojekte zerstört und auf kontinentaler Ebene die eigene konservative Front geschlossen.

Gemeinsam mit Kolumbien, das inzwischen assoziiertes Mitglied der Nato ist, strebt Brasilien in der Lima-Gruppe offensiv danach, Venezuela politisch zu isolieren. Nach dem Besuch von John Bolton (Sicherheitsberater von US-Präsident Trump) Ende 2018 erklärte Bolsonaro, dass „Venezuela ein Problem darstellt, für das wir Lösungen suchen müssen. Wir wissen, dass sich dort 80 000 Kubaner aufhalten. Es wird schwer sein, Venezuela aus dieser Situation herauszuholen. Wir werden alle legalen und friedlichen Mittel nutzen, um das Problem zu lösen.“[5]. Außenminister Araújo sprach sich während eines Treffens der Lima-Gruppe sogar für eine militärische Intervention in Venezuela aus. Der Vizepräsident Mourão allerdings widersprach und erklärte, dass sich das brasilianische Militär an einer solchen Aktion nicht beteiligen wird.

Besonders Wirtschaftsminister Guedes positioniert sich gegen den Mercosur (Zollunion zwischen Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay, Venezuelas Mitgliedschaft wurde 2017 suspendiert). Nach Guedes soll der Handelsaustausch als Freihandel realisiert werden, der durch Vereinbarungen im Mercosur nur durch gegenseitige Abstimmung möglich ist.

Beziehungen Brasilien – China

Ein besonderer Schwerpunkt für die Bolonaro – Regierung ist die Präsenz Chinas im Land. Allein 50% der Außenwirtschaftsbeziehungen China-Lateinamerika entfallen auf Brasilien. China hat in den letzten 15 Jahren über 25 Mrd. US-Dollar in Brasilien vorwiegend in die Erdöl- und Gasförderung investiert. Der Export von Eisenerz nach China betrug im Jahre 2009 56,4% der Gesamtproduktion Brasiliens (in die BRD nur 5%). China ist seit 2009 Brasiliens Handelspartner Nummer Eins. Die chinesischen Investitionen konzentrieren sich auf Bergbauprojekte, Infrastruktur, Telekommunikation, Landkäufe und Energie. Andere chinesische Unternehmen investieren in Finanzgeschäfte, Bildung,

Gesundheit, Umwelt und öffentliche Verwaltung. Chinesische Kredite sind zu einer wichtigen Finanzierungsquelle für Brasilien geworden. Das Land ist an der Realisierung zweier Großprojekte (Bau der Eisenbahnverbindung Ferrovia Transcontinental, die den Atlantik mit dem Pazifik verbinden soll und einer Hochspannungsleitung von Altamira (Staat Pará) ins mittlere Brasilien über mehr als 2000 km) beteiligt. Die Sojaexporte machten 2018 ca. 30% des Exports Brasiliens nach China aus, das entspricht 80 Mio. Tonnen. Dementsprechend erklärte der Vizepräsident General Mourão, dass China für Brasilien ein entscheidender strategischer Partner sei, und plant eine Reise nach China, um an der Tagung der bilateralen Kommission Brasilien – China teilzunehmen.

In den USA wird diese Präsenz Chinas als Konkurrenz und Gefahr für die eigene nationale Sicherheit angesehen. Den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Chinas mit Brasilien, aber auch mit Venezuela, Argentinien, Bolivien und anderen Ländern beantwortet die US-Administration mit dem Ausbau von Militärbasen, verstärktem Waffenexport und gemeinsamen Manövern. Darin zeigt sich, dass mit der Wahl Bolsonaros die Auseinandersetzung USA-China in Brasilien in eine neue Phase eintritt. Bolsonaro selbst hält sein Fähnchen in den Wind: Auf seiner Auslandstour besuchte er Taiwan und kommentierte: „China kann uns mit seinen Kapitalinvestitionen nicht aufkaufen. Die Handelsbeziehungen werden wir aber aufrechterhalten.“ China reagierte bisher äußerst pragmatisch.

Mit Bolsonaro hat die Trump-Administration für ihr Ziel, ihre Dominanz in Lateinamerika wiederherzustellen, einen geeigneten Partner gefunden. Damit droht eine neue Welle politischer Destabilisierung und ökonomischer Zerrüttung. Die konservative Offensive der rechten Kräfte in Lateinamerika wird verstärkt. Brasilien, das auf dem Wege war, eine bedeutende internationale Position einzunehmen, wird unter Führung der gegenwärtig dominierenden Kräfte zurückfallen und international an Bedeutung verlieren.

[1] Z.B. www.sueddeutsche.de/politik/brasilien-lula-urteil-1.4483125

[2] <https://amerika21.de/2019/05/226353/bolsonaro-waffengesetz-2019>

[3] nach „Estado de São Paulo“, 19.2.2019

[4] Philosoph und Journalist, der sich eng mit der US-Rechten verbunden fühlt und als Förderer der Rechten in Brasilien gilt. Der Begriff „Guru“ wurde von den Medien erfunden.

Der Artikel ist auch veröffentlicht unter: <https://www.rosalux.de/publikation/id/40599/brasilien-nach-der-wahl-jair-bolsonaros/>

Durch die Ozeane zur Macht

EVA DETSCHER, KARLSRUHE

Die Zeitschrift „WATERKANT, Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion“ veröffentlicht in der aktuellen Ausgabe einen Beitrag von Paola Giaculli, der hier vorgestellt und empfohlen wird.

Chinas „Maritime Seidenstraße“ und das Ringen um globale Vorherrschaft

Seidenstraße – der historische Begriff ruft Assoziationen verschiedenster Art hervor, er verbindet sich mit einem großen chinesischen Einflussbereich und mächtigen Dynastien. Die Neue Seidenstraße, das Projekt der chinesischen Staatsführung im Verbund mit diversen chinesischen Akteuren weckt unterschiedliche Emotionen: China als aufstrebender Global Player sieht sich mit der Wirklichkeit wettbewerblicher Auseinandersetzung konfrontiert. Dabei spielt die Unkenntnis darüber, was tatsächlich passiert, die größte Rolle in der zum Teil sehr protektionistisch und auch dem Blockdenken verhafteten Auseinandersetzung. Der Artikel von Paola Giaculli gibt viele Hinweise für ein besseres Verständnis, auf welche Weise China die Handelswege für die eigenen wirtschaftlichen Interessen optimieren will und wie die Partner auf den Stationen dieser Handelswege die eigenen Interessen wahren oder eben auch nicht.

„Maritime Seewege sind nicht einfach nur Handelsrouten für interkontinentalen Warenaustausch – sie bilden auch ein zentrales Element der globalen Strategie der „Neuen Seidenstraße“, durch die China zu einer großen Wirtschaftsmacht gewachsen ist und rapide weiter wächst. Geopolitische Ziele spielen dabei eine Hauptrolle. Damit sollte Europa sich

ERLAUTERT: COSCO:

„Der staatliche chinesische Schifffahrtskonzern COSCO (China Ocean Shipping Company) ist in den vergangenen zehn Jahren auf den dritten Platz unter den großen Container-Reedereien der Welt aufgestiegen. Für COSCO ist das Mittelmeer ein ‚Gebiet besonderen Interesses‘. Am Suezkanal kaufte das Unternehmen 20 Prozent des Terminals in Port Said. In der Türkei besitzt COSCO in einem Joint-Venture mit zwei anderen Unternehmen aus China 65 Prozent des Kumpart-Terminals am Hafen von Ambarli, 35 Kilometer vom Bosphorus entfernt. Auch an den Häfen von Valencia und Bilbao ist COSCO mit jeweils 51 Prozent beteiligt. Im Hafen des griechischen Piräus, ‚Chinas Tor nach Europa‘, ist COSCO mit 51 Prozent Mehrheitsaktionär der Hafengesellschaft PPA geworden.“

auseinandersetzen.“ „Durch die Hafenstädte Genua und Triest soll das Mittelmeer ein besonders wichtiges Bindeglied der BRI (siehe Glossar) werden. Zwar ist China in Europa schon systematisch präsent sowohl mit Investitionen – nicht zuletzt in Deutschland – und bilateralem Handel als auch mit Bündnissen wie dem „16+1“-Gipfel, der elf östliche EU-Mitglieds- und fünf Balkanstaaten einschließt. „... Italien als Brückenkopf hat besondere Bedeutung: „Ende März dieses Jahres wurde der chinesische Staatspräsident Xi Jinping vom italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella pompös empfangen. Es folgten die Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ (MoU) und der Abschluss von 29 Abkommen zwischen der Volksrepublik China und der Republik Italien im Wert von sieben Milliarden Euro.“ Triest soll die Schlüsselstadt der Neuen Seidenstraße werden, auch weil für Industrien in Österreich, Polen, Ungarn oder Rumänien die Wege zum Mittelmeer nicht sehr weit sind. (Das Mittelmeer hat für den Umschlag an Waren in den letzten Jahren drastische Steigerung erfahren, für den chinesischen Schifffahrtskonzern COSCO von großem Interesse. „Der Containerumschlag allein in den 30 wichtigsten Häfen beläuft sich aktuell auf mehr als 50 Millionen TEU, im Jahre 1995 waren es noch neun Millionen.) Verträge mit entsprechenden Staatsbahnen, über Ausbau von Schienenstrecken, Anteile an Hafenfläche usw. geschlossen. Für die Regierungen der EU-Staaten im Osten ergeben sich Aussichten für eine Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft. „Außerdem könne das Abkommen mit China laut Vincenzo Petrone, Generaldirektor der Fondazione (Stiftung) Italia-Cina, angesichts der Zollpolitik des US-Präsidenten Donald Trump als Chance für den Triester Hafen gesehen werden. ... Güter im Wert von 165 Milliarden Dollar (könnten) ... umgeleitet werden, um die Zölle zu umgehen.“ Wirtschaftlich gute Aussichten für eine Hafenstadt!

„Nach Italien hat sich auch EU-Gründungsmitglied Luxemburg an die Neue Seidenstraße angeschlossen“, auch

Frankreich (unter anderem der Kauf von 300 AirbusJets für 30 Milliarden Euro und eine Rahmenvereinbarung zwischen der französischen Reederei CMA CGM und CSSC mit Bauverträgen für zehn Containerschiffe (rund 1,2 Milliarden Euro). China verhandelt mit einzelnen Staaten, zu einer gemeinsamen Strategie der EU ist es bislang nicht gekommen – angesichts des strategisch durchdachten Plans der chinesischen Regierung zumindest beachtenswert. Giaculli: „Die EU mit ihren Mitgliedsstaaten zeigt sich zerstritten und unfähig, die politisch selbst verursachten akuten sozialen Probleme sowie Klima- und Umweltschäden ernst zu nehmen und anzupacken. Sie ist nicht fähig, autonom und strategisch zu handeln, zwischen den USA und China zu vermitteln und gleichzeitig ein eigenes alternatives, soziales und nachhaltiges Modell zu entwickeln.“

Neben dem Abschnitt der Neuen Seidenstraße im europäischen Hafen- und Meeresgebiet weist Giaculli auf andere für die Neue Seidenstraße wichtige Routen und Knoten hin: u.a. Dschibuti, der Golf von Aden, der Golf von Oman und besonders der von China gebaute Tiefwasserhafen im südwestpakistanischen Gwadar. Myanmar, Malediven, Sri Lanka, Thailand, Laos – etliche Projekte liegen auf diesem Weg. Umstritten, oder vielleicht besser ausgedrückt, verleumdet ist Chinas Schuldenpolitik – angebliche völlige Übernahme von Infrastrukturen durch China in Afrika, als Fake News abgetane Schuldenreduzierungen durch China. Der Ton wird schärfer.

„Fazit: Das Zentrum der Welt hat sich verschoben. Die Volksrepublik China ist trotz aller Widersprüche wieder eine maritime Macht geworden, die ihre globale Strategie an die eigene Tradition knüpft. Sie ist auf dem Weg, die Vorherrschaft der USA in Frage zu stellen.“

WATERKANT: Seit 1986 herausgegeben vom Förderkreis WATERKANT e.V., ISSN 1611-1583; <http://www.waterkant.info>. Paola Giaculli ist Referentin für Europa-Koordination in der Linksfraction im Bundestag. Alle Zitate aus dem vorgestellten Artikel. Pdf-Datei des Artikels von P. Giaculli über Redaktion der Politischen Berichte erhältlich.

GLOSSAR: Begriffe der tangierten Projekte und Akteure

MoU	Memorandum of Understanding
BRI	Belt and Road Initiative („Neue Seidenstraße“)
COSCO	China Ocean Shipping Company (staatlicher chinesischer Schifffahrtskonzern)
SIPG	Shanghai International Port Group
Northern Range	Sammelbegriff für Häfen in Nordwesteuropa
TEU	Twenty Foot Equivalent Unit (Maßeinheit für Container: 6,058 Meter lang, 2,438 Meter breit, Höhe 2,591 oder 2,438 Meter)
CSSC	China State Shipbuilding Corporation
CCCC	China Communication Construction Company (Mischkonzern)
CPEC	China-Pakistan-Korridor

Umweltverbände begrüßen Vorschlag für Erhöhung der Luftverkehrsteuer

Konkreter Klimaschutz im Luftverkehr ist überfällig. BERLIN – Die Umweltverbände Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Verkehrsclub Deutschland (VCD) und der Umweltschutzbund Deutscher Naturschutzring (DNR) haben den Vorschlag von Bundesumweltministerin Svenja Schulze, die Luftverkehrsteuer zu erhöhen, als dringend überfälligen Schritt begrüßt. „Der besonders klimaschädliche Luftverkehr darf sich nicht mehr aus der Verantwortung stehlen, sondern muss endlich seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Wenn die Politik die Schülerproteste von Fridays for Future wirklich ernst nimmt, dann müssen jetzt unbedingt konkrete Schritte folgen. Als kurzfristig umsetzbare Maßnahme sollte hierfür die nationale Luftverkehrsteuer erhöht werden.“ DNR-Präsident Prof. Dr. Kai Nieber.
<https://www.dnr.de/>, Gemeinsame Pressemitteilung, 19.7.2019

Stillstand in der Klimapolitik unverzüglich zu beenden

BERLIN. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert anlässlich der Sitzung des Klimakabinetts, den Stillstand in der Klimapolitik unverzüglich zu beenden. Dazu veröffentlicht der Umweltverband einen Katalog mit 30 konkreten Maßnahmen.

Ernst-Christoph Stolper, stellvertretender BUND-Vorsitzender, warnt davor, in der Klimapolitik alles auf ein Instrument zu setzen: „Das Klimakabinett muss sich sowohl für eine CO₂-Bepreisung als auch für ein umfassendes sektorspezifisches Maßnahmenpaket entscheiden. Bei der Bewältigung der Klimakrise handelt es sich um eine Aufgabe, die unsere gesamte Wirtschaft und Gesellschaft erfasst und eine Vielzahl von Instrumenten braucht. Es ist nicht damit getan, eine CO₂-Bepreisung einzuführen und alles Weitere dem Markt zu überlassen. Dies würde bedeuten, die klimapolitische Untätigkeit der letzten zehn Jahre fortzusetzen.“ Auf europäischer Ebene hätten die Erfahrungen zudem gezeigt, dass der Emissionshandel seine Wirksamkeit verfehle. Stolper: „Emissionshandel steht für Verzögern und Verschleppen. Die Uhr tickt: Wer auf Zeit spielt, verdient die gelb-rote Karte.“

Die Einführung einer CO₂-Steuer insbesondere in den Bereichen Verkehr und

Wärme hält der BUND dagegen für einen wichtigen Baustein effektiver Klimapolitik. Die CO₂-Steuer müsse jedoch umwelt- und sozialverträglich gestaltet werden.

„Wichtig ist zum einen, dass die über eine CO₂-Steuer eingenommenen Mittel nicht beim Staat verbleiben, sondern vollständig in Form eines Ökobonus pro Kopf an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt werden“, so Stolper.
<https://www.bund.net/>

WWF:Klimakabinett endet ohne Entscheidungen

Beim Klimakabinett am 18.7 haben die Minister erneut keine Entscheidungen getroffen. Dazu sagt Juliette de Grandpré, Klimaschutzexpertin beim WWF Deutschland:

„Wieder wurden viele Worte ausgetauscht – das Handeln aber bleibt auf der Strecke. Während die Klimakrise weiter voranschreitet, tut die Bundesregierung weiter nichts, um sie aufzuhalten. Dabei liegen viele Lösungen auf dem Tisch, die kurzfristig eine Menge Treibhausgasemissionen einsparen können. Dazu zählt, CO₂ mit einem Preisschild zu versehen. Doch auch hier dominiert das Parteiengerangel, statt der Lösungswille. Die Unions-Strategie, die Sektoren Wärme und Verkehr in einen Emissionshandel zu integrieren, ist nicht durchdacht: Es würde viel zu lange dauern. Die nationalen Klimaziele zu erreichen und einen fairen Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen zu leisten, ist über diesen Weg schlicht unmöglich. Wir brauchen endlich ein Klimaschutzpaket, bei dem ein CO₂-Preis ein Instrument neben anderen ist – wie einem Klimaschutzrahmen- und einem Kohleausstiegsgesetz. Wenn das Kabinett seine Maßnahmen tatsächlich am 20. September verabschieden will,

bräuchte es jetzt schon echte Fortschritte, statt entscheidungslose Diskussionsrunden. Die Zeit drängt.“

Der WWF hat eine umfassende Studie zu den Wirkungen von CO₂-Preisen im Stromsektor veröffentlicht, siehe <https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Studie-CO2-Mindestpreise2019-Dem-Ziel-verpflichtet2.pdf>

Das Schlüsselwort zum Klimaschutz heißt: Jetzt!

Kletteraktion von ROBIN WOOD-Aktivist*innen bei internationaler „Fridays for Future“-Demo in Aachen 21. Juni 2019 – Ob Kohlekommission oder Klimakabinett – der aktuelle politische Prozess zum Ende der Kohle geht an der Dringlichkeit des Klimawandels vorbei. Die globale Temperatur hat sich bereits um über ein Grad im Durchschnitt gegenüber der vorindustriellen Zeit erhöht. Gerade Industrieländer wie Deutschland müssen ihren Treibhausgasausstoß jetzt massiv reduzieren, um einen katastrophalen Klimawandel zu bekämpfen. Trotzdem wollen Kohle-Industrie und Bundesregierung die Kohlekraftwerke für weitere 20 Jahre am Netz lassen
<https://www.robinwood.de/pressemitteilungen/das-schlüsselwort-zum-klimaschutz-heißt-jetzt>

Petition für 365-Euro-Ticket: Bahn und Bus für 1 Euro – jetzt in ganz Deutschland!

Heinrich Strößenreuther, Initiative Clevere Städte und Initiator des ersten deutschen Radverkehrs- und Mobilitätsgesetzes und die Deutsche Umwelthilfe haben diese Petition an Angela Merkel gestartet:

Dauerstaus, Parkplatzsuche, Lärm, verpestete Luft und kaum Platz für Fußgänger und Radler: Deutsche Städte sind Autostädte. Wir haben es satt und fordern: Schluss mit der Auto-Förder-Politik! Gemeinsam mit der Deutschen Umwelthilfe fordere ich Kanzlerin Merkel auf: Machen Sie Bus und Bahn endlich für



Flatrate fürs Klima: 365-Euro-Ticket

Einfach und günstig mobil mit einem 365-Euro-Jahresticket. Die Deutsche Umwelthilfe fordert die Einführung eines Blauen Tickets: Uneingeschränkt mobil sein für einen Euro am Tag. Und das nur mit minimalen Auswirkungen auf Umwelt und Klima.

<http://www.duh.de/newsletter/flatrate-fuers-klima-wir-fordern-das-365-euro-ticket/>

alle zugänglich – für 1 Euro am Tag, mit mehr Angebot und mit dichterem Takt! Machen Sie Schluss mit der Vergiftung unserer Atemluft und der Zerstörung unseres Klimas! So können wir den Umstieg auf klimafreundliche und saubere Mobilität schneller schaffen. Wir brauchen Grünflächen, Platz für Fahrradfahrer und Fußgänger, gesunde Luft und einen starken, modernen und gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr in Stadt und Land – und nicht noch mehr Blech, noch breitere Autos, Drohnen oder Flugtaxis....

<https://www.change.org/p/angela-merkel-bahn-und-bus-für-1-euro-jetzt-in-ganz-deutschland>

VCD-Kernforderungen für die Verkehrswende

Wir brauchen die Verkehrswende. Jetzt. Die Folgen der derzeitigen Verkehrspolitik sind für uns alle jeden Tag spürbar: Lärm, schlechte Luft, Staus, Unfälle mit Getöteten und Verletzten, schlechte Bus- und Bahnanbindungen auf dem Land, Stress und Enge in der Stadt. Der zunehmende Lkw- und Pkw-Verkehr heizt das Klima immer weiter auf.

Doch immer mehr Menschen haben die Nase voll davon. Immer mehr Menschen setzen sich für sichere Fuß- und Radwege, gesunde Luft, mehr Lebensqualität in ihren Städten und eine umweltschonende und bezahlbare Mobilität ein.

Der VCD stärkt diese Menschen. Gemeinsam mit ihnen machen wir Druck auf die Politik, endlich die Weichen für die Verkehrswende zu stellen: weg vom Auto, hin zu mehr Fuß-, Rad-, Bus-, und Bahnverkehr, weg von fossilen Treibstoffen, hin zum CO₂-freien Verkehr.

Die Verkehrswende ist ein Prozess. Ein Prozess der – ähnlich wie die Energiewende – bedeutet, dass wir den Verkehr und unsere Mobilität nachhaltig und zukunftsfähig aufstellen. Damit dies geschehen kann, muss die Politik die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Was getan werden muss, haben wir in unseren sechs Kernforderungen formuliert.

1. Fuß- und Radwege in der Stadt und auf dem Land deutlich ausbauen ...
2. Zahl der Bus- und Bahnnutzer verdoppeln ...
3. Ab 2030 keine neuen Diesel und Benziner mehr, Zahl der Pkw deutlich verringern ...
4. Neue Höchstgeschwindigkeiten einführen auf Autobahnen, Landstraßen und innerorts ...
5. Kostengerechtigkeit im Verkehr herstellen ...
6. Nachhaltige Mobilität in der Bildung verankern ...

<https://www.vcd.org/themen/vcd-kernforderungen-fuer-die-verkehrswende/>



<https://fridaysforfuture.de/>

UNSERE FORDERUNGEN AN Die POLITIK

In den letzten Wochen und Monaten haben wir intensiv mit zahlreichen Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen zusammengearbeitet, um konkrete Forderungen an die Politik aufzustellen. Diesen Folge zu leisten ist notwendig, um die Ziele des Pariser Klimaabkommens einzuhalten und die globale Erwärmung auf unter 1,5° Celsius zu begrenzen. ... Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebrems-

Fridays For Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens und des 1,5°C-Ziels.

Explizit fordern wir für Deutschland:

- Nettonull 2035 erreichen
- Kohleausstieg bis 2030
- 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Deshalb fordern wir bis Ende 2019:

- Das Ende der Subventionen für fossile Energieträger
- 1/4 der Kohlekraft abschalten
- Eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen. Der Preis für den Ausstoß von Treibhausgasen muss schnell so hoch werden wie die Kosten, die dadurch entstehen und zukünftigen Generationen entstehen. Laut UBA sind das 180 Euro pro Tonne CO₂

Aus der „Erläuterung“

In dieser Politik muss sich der Gedanke der Klimagerechtigkeit widerspiegeln. Entscheidungen, die zu Lasten ärmerer Regionen und künftiger Generationen getroffen werden, sind inakzeptabel ... Für den notwendigen Wandel müssen sektorübergreifend grundlegende Veränderungen stattfinden. Vor allem in den Sektoren Energieerzeugung, Wohnen und Bauen, Industrie, Transport und Verkehr sowie Landwirtschaft sind enorme Anstrengungen nötig. Das wirtschaftliche Handeln darf nicht weiterhin planetare Grenzen überschreiten ...

Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit.

Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kippunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.

Die Verwirklichung dieser Forderungen muss sozial verträglich gestaltet werden und darf keinesfalls einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem Einkommen gehen. Diesbezüglich müssen die Regierungen entsprechende Konzepte vorlegen ... Der Staat muss seiner Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden ... Um eine Wende zu erreichen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden kann, fordern wir absolute Transparenz und faktenbasierte Aufklärung für alle Bürger*innen. Alle getroffenen Maßnahmen müssen unabhängigen wissenschaftlichen Kontrollen unterliegen, die ihre Wirksamkeit beurteilen. Vor allem junge Menschen müssen wegen ihrer besonderen Betroffenheit stärker in den demokratischen Prozess einbezogen werden.

Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Da die Politik diese kaum wahrnimmt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird!

Wir als Fridays For Future Deutschland sind eine überparteiliche Bewegung gleichgesinnter Klimaaktivist*innen und solidarisieren uns mit allen, die sich friedlich für unsere Forderungen einsetzen.(...)

<https://fridaysforfuture.de/>



FAQ zum Mietendeckel:

<https://www.linksfraktion.berlin/themen/th/mieten-und-wohnen/mietendeckel/>

Konzept des Mietervereins:

<https://www.berliner-mieterverein.de/presse/pressearchiv/vorschlag-des-berliner-mietervereins-fuer-einen-landes-mietendeckel-berlin.htm>

Berlin – Vorreiter gegen „Mietenwahnsinn“?

HARALD GINDRA, MDA BERLIN, TEXT U. FOTOS

Eine leistbare Mietwohnung zu bekommen, ist in vielen deutschen Großstädten zum Problem geworden. In Berlin trifft ein entfesselter Immobilienmarkt (angetrieben von Anlageentscheidungen) auf einen andauernd hohen Zuzug (zwischen 30 bis 50 000 Menschen pro Jahr) und einer ansässigen Bevölkerung mit unterdurchschnittlichem Haushaltseinkommen (viele davon im Transferleistungsbezug). Verkäufe von Wohnimmobilien erreichen spekulative Höchstwerte (30- bis 40-fache der Jahresmieteinnahmen) – Refinanzierung geht dann nur mit

Aufwertung, Verdrängung und Mietsteigerung.

Bei Neuvermietungen wird der Wohnungsmangel genutzt, um horrenden Mietsteigerungen zu realisieren – Quadratmeterpreise von über 10 Euro pro Qua-



dratmeter sind üblich geworden. Mietbelastungen von 40 bis 50 % treffen die ärmeren Haushalte. Daraus entwickelte sich schon vor der Berlin-Wahl 2016 ein breites Netz von Mieterinitiativen, stetig anwachsend, jetzt zehntausende Menschen umfassend. So kamen im April zur Demonstration gegen „Mietenwahnsinn“ rund 40 000 Teilnehmer. Insbesondere in den innerstädtischen Stadtteilen gibt es einen permanenten Kleinkrieg von Hausgemeinschaften bei Mieterhöhungen, Hausverkäufen, überzogenen Modernisierungsankündigungen und bei Umwandlung zu Eigentumswohnungen. Strategien der renditegetriebenen Ver-

DOK Senat beschließt Eckpunkte für ein Berliner Mietengesetz/Mietendeckel

Der Senat hat in seiner heutigen Sitzung (18.06.2019) auf Vorlage von Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen, Eckpunkte für ein Berliner Mietengesetz/Mietendeckel beschlossen Der Inhalt der Eckpunkte im Einzelnen:

- Die öffentlich-rechtliche Begrenzung der Mieten erfolgt durch ein Landesgesetz, welches Anfang 2020 in Kraft treten soll.
- Die Regelungen sollen grundsätzlich mit dem Zeitpunkt der heutigen Beschlussfassung der Eckpunkte durch den Senat greifen, um zu verhindern, dass die Mieten noch kurzfristig erhöht werden.
- Die Regelungen zur Miethöhe sollen auf fünf Jahre befristet werden.
- Das Berliner Mietengesetz soll für alle nicht preisgebundenen rund 1,5 Millionen Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern gelten. Bereits mietpreisgebundene Wohnungen sollen ausgenommen werden.
- Für alle bestehenden Mietverhältnis-

se soll künftig ein gesetzlich festgelegter Mietstopp gelten. Es werden Mietobergrenzen festgelegt, auf die bereits sehr hohe Mieten auf Antrag abgesenkt werden können.

- Bei Vermietung von Wohnungen darf höchstens die zuletzt vereinbarte Miete aus dem vorherigen Mietverhältnis vertraglich vereinbart werden, sofern diese die jeweils festgelegte Mietobergrenze nicht übersteigt
- Wohnungsneubau wird vom Gesetz gänzlich ausgenommen.
- Für Modernisierungsumlagen werden besondere Genehmigungs- und Anzeigepflichten für Vermieterinnen und Vermieter eingeführt. Modernisierungsumlagen, durch die die Bruttowarmmiete um mehr als 0,50 Euro

je Quadratmeter monatlich steigt, werden genehmigungspflichtig.

- Wirtschaftliche Härtefälle der Vermieterinnen und Vermieter sind auf Antrag zu genehmigen, wenn eine wirtschaftliche Unterdeckung nachgewiesen wird. Es können dann im Einzelfall abweichend Mieterhöhungen und höhere Mietvereinbarungen genehmigt werden. Den davon betroffenen Mieterinnen und Mietern wird, sofern sie WBS-berechtigt sind, ein finanzieller Ausgleich in Höhe der Differenz zwischen genehmigter Miete und der Mietobergrenze gewährt.
- Verstöße gegen die Anforderungen des Berliner Mietengesetzes sollen als Ordnungswidrigkeit und mit Geldbuße geahndet werden können.

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/aktuell/pressebox/archiv_volltext.shtml?arch_1906/nachricht6755.html

mieter, wie Deutsche Wohnen (rund 110 000), Vonovia (rund 40 000 Wohnungen) u.a., kamen besonders in den Fokus: Mieterhöhungen über Mietspiegel (mit Klagen gegen dessen Gültigkeit), Vernachlässigung von ehemaligen Sozialbauten bis mit Großsanierungen und überzogenen Modernisierungen durch Umlage Mieter geschröpft werden.

Eine erste Volksinitiative „Mieten-Volksentscheid“ hatte 2015 bereits zu Zusagen für eine Neuausrichtung auf soziale Wohnraumversorgung bei den sechs städtischen Wohnungsgesellschaften geführt – seitdem gibt es für sie Vorgaben mit geringeren Erhöhungsspielräumen, zu Modernisierung und zur Forcierung ihres Neubaus mit Belegungsbindung (mind. 50% zu 6,50 €/qm).

Die Koalition aus SPD, Die Linke und GRÜNE, die sich 2017 bilden konnte, hatte einen deutlichen Auftrag bekommen leistbares Wohnen zu sichern. Der anhaltende Druck zeigte sich mit der Volksinitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ (nach dem noch nie angewendeten Artikel 15 GG). In der ersten Stufe kamen schnell 77 000 (58 000 anerkannt) Unterschriften zusammen.

Juristische Hinweise (mittlerweile auch Gutachten), dass ein Berliner Mietendeckel seit der Föderalismusreform (Zuständigkeit der Länder für das Wohnungswesen) möglich wäre, wurde von der Koalition aufgegriffen und sollen noch in diesem Jahr ins Gesetzgebungsverfahren. Die genaue Ausgestaltung ist noch in der Debatte und heftiger Kritik aus der Wohnungswirtschaft ausgesetzt.



Rebellische Stadtpolitik: in Berlin und in einem europäischen Netzwerk der Metropolen, Beschluss Landesparteitag Die Linke Berlin, Mai 2019

... Wir sagen der Mietpreisspirale den Kampf an. Dabei darf sich die Politik nicht nur auf ein bestimmtes Instrument beschränken. Nur mit einem Mix aus verschiedenen Maßnahmen können wir den Mietenwahnsinn wirksam bekämpfen:

- Wir stehen für eine Bodenpolitik, die den Verkauf öffentlicher Grundstücke ausschließt und zusätzlich Grund und Boden in öffentliche Hand zurückholt. Dies ist die Voraussetzung für preisgünstigen Wohnungsneubau in öffentlicher und gemeinwohlorientierter Hand.
- Wir treiben den Wohnungsneubau weiter voran. Der Fokus muss dabei eindeutig auf öffentlichen Wohnungen zu bezahlbaren Mieten liegen. Es kommt auf die Qualität des Neubaus an, hochpreisige Wohnungen nur um

des Neubaus willen gehen an den Bedürfnissen der Berliner*innen vorbei.

- Wir wollen den Wohnraum unter öffentlicher Kontrolle deutlich ausweiten. Wir entziehen Wohnungen durch Ankauf dem privaten Markt und weiten Milieuschutzgebiete aus. Allerdings sind wir nicht bereit, dafür Mondpreise zu zahlen und die privaten Spekulationsgewinne und Werten auf steigende Preise mit öffentlichen Geldern zu finanzieren.
- Wir setzen, dort wo es möglich und vertretbar ist, auch auf die Möglichkeit von Nachverdichtung in den Kiezen. Diese muss unter Beteiligung der Anwohner*innen geschehen und die Lebensqualität vor Ort erhalten.
- Wir wollen den Mietendeckel für Berlin so schnell als möglich umsetzen.

Die genaue Ausgestaltung dieses neuen Instruments wird im Senat gemeinsam erfolgen. Der Mietendeckel muss langfristig wirksam sein und auch Bestandsmieter*innen helfen.

- Die Linke. Berlin unterstützt darüber hinaus das Volksbegehren »Deutsche Wohnen & Co. enteignen«. Die Vergesellschaftung von Wohnungsbeständen ist einer von vielen Bausteinen einer linken Wohnungs- und Mietenpolitik. Uns ist bewusst, dass ein möglicher erfolgreicher Volksentscheid nur ein Zwischenschritt auf dem Weg hin zu einer rechtssicheren Vergesellschaftung der großen Wohnungsbestände ist. Eine Umsetzung wird nur gelingen, wenn alle politischen Akteure wie Senat, Fraktionen, Parteien und stadtpolitische Initiativen ihre gesammelte Expertise einbringen.

<https://dielinke.berlin/partei/parteitag/beschluesse/det/news/rebellische-stadtpolitik-in-berlin-und-in-einem-europaeischen-netzwerk-der-metropolen/>

Grün-Schwarz in Baden-Württemberg treibt Mieter*innen in die Armut:

KARLSRUHE. Die verschiedenen Anfragen der Fraktion Die Linke im Bundestag zeigen, ist seit 2002 die Anzahl der Sozialwohnungen in Baden-Württemberg von 137.207 auf 54.400 im Jahr 2017 gefallen. Laut Prognose wird bis zum Jahr 2030 die Anzahl an Sozialwohnungen auf 39 000 sinken.

Bernd Riexinger, Parteivorsitzender und MdB aus Stuttgart für Die Linke erklärt dazu: „Die bisherige Wohnungspolitik von Grün-Schwarz in Baden-Württemberg ist ein Armutszeugnis. Seit Jahren sinkt der Anteil an Sozialwohnungen im Bestand bei gleichzeitig steigenden Mieten. Statt die Landesmittel für den Sozialen Wohnungsbau zu erhöhen, werden sogar noch große Teile der zur Verfügung stehenden Bundesmittel in die Förderung von Eigentumswohnungen investiert. Gleichzeitig wurde in den vergangenen Jahren – wie unter Grün-Rot im Jahr 2012 – mit dem Verkauf von 21.500 landeseigenen Wohnungen an die Patrizia AG Wohnraum für über 60 000 Mieter*innen privatisiert. Mittlerweile sind diese Wohnungen in den Händen des Immobilienspekulanten Vonovia, der durch horrenden und ungerechtfertigten Mietpreissteigerungen viele Mieter*innen in die Armut treibt. Diese Entwicklung macht deutlich, dass der Mangel an bezahlbaren Wohnungen in Baden-Württemberg nicht alleine durch den Neubau von Sozialwohnungen gelöst werden kann, sondern vor allem Maßnahmen nötig sind, die den Bestand an Sozialwohnungen erhalten und die Spekulation mit der Miete beendet.“

Die Linke setzt sich ein für 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen jedes Jahr – die öffentlich, genossenschaftlich und gemeinnützig in der Sozialbindung verbleiben. Entscheidend ist dabei, dass ein Drehtüreffekt verhindert wird. Mietsteigerungen der letzten Jahre müssen rückgängig gemacht werden und weitere Mietsteigerungen, wie nun in Berlin unter Federführung der Linken Bausenatorin beschlossen, für die nächsten 5 Jahre gedeckelt werden. Und ehemals öffentlich gebaute und geförderte Wohnungen, die mittlerweile bei Immobilienkonzernen wie Vonovia, Deutsche Wohnen gelandet sind, wollen wir wieder unter gesellschaftliche Kontrolle bringen und in öffentliche Hand überführen, nicht nur in Berlin sondern auch in Baden-Württemberg.“

<https://die-linke-karlsruhe.de>

Mietenwahnsinn– Rettungsschirm für Mieter*innen auch in München:

MÜNCHEN: Die Immobilienkonzerne toben: Erst das Volksbegehren „Deutsche Wohnen + Co. enteignen“, jetzt der Mietendeckel in Berlin. Der Beschluss des Berliner Senats letzte Woche, für über eine Million Berliner Wohnungen einen Mietendeckel einzuführen, hat die Aktienkurse der Spekulanten sinken lassen. Der Wohnungskonzern Deutsche Wohnen in Berlin gab bekannt, dass er ab sofort seine Mieter nur noch mit 30 % ihres Haushaltsnettoeinkommens belasten will. Schöne Nachrichten für die Mieter*innen, aber ohne eine schriftlich abgesicherte Vereinbarung sind die Worte nur Schall und Rauch. Auch in München erwarten die Mieter*innen, dass sich was tut, um die Mieten nach oben zu begrenzen. Mit dem neuen Mietspiegel jedenfalls steigen die Mieten. Und die bayerische Staatsregierung unter Markus Söder hat sich bisher eher um die Rettung der Bayerischen Landesbank bemüht. Beim Verkauf der GBW-Wohnungen – jetzt Dawonia – ließ sie die Bewohnerinnen und Bewohner im Regen stehen. In der 24-jährigen Regierungszeit von SPD und Grünen von 1990 bis 2014 wurde München zur Hauptstadt der Mietpreisentwicklung. Sie müssen sich fragen lassen, warum sie diese Entwicklung verschlafen haben. Wir brauchen einen Rettungsschirm unter dem Motto: „Artenschutz für Mieter*innen“.

<http://www.dielinke-muc.de/>

Wohnungsnotfallhilfe ist vielfältig und bedarf enger Zusammenarbeit von Stadt und freien Trägern:

LEIPZIG. Trotz umfangreicher Tagesordnung der zweitägigen Stadtratssitzung ließ es sich Sozialbürgermeister Prof. Thomas Fabian nicht nehmen, am 27. Juni mit der Arbeitsgemeinschaft (AG) Recht auf Wohnen zu aktuellen und künftigen Herausforderungen der Wohnungsnotfallhilfe in Leipzig ins Gespräch zu kommen. Die AG Recht auf Wohnen ist ein Zusammenschluss von freien Trägern der Wohnungsnotfall- und Wohnungslosenhilfe in Leipzig sowie der Leipziger Stadtratsfraktionen Bündnis 90/ Grüne und Die Linke, vertreten durch Cordula Rosch und Siegfried Schlegel. Ziel der Akteure der Wohnungsnotfallhilfe ist es, mit Betroffenen Wege zur nachhaltigen Verhinderung bzw. Beseitigung von Wohnungslosigkeit zu finden. Im Fachplan Wohnungsnotfallhilfe des Sozialamtes werden die Angebote in Leipzig und die Vernetzung der verschiedenen Akteure dargestellt. Prof. Fabian betonte in dem Gespräch, dass ihm das Thema Wohnungsnotfallhilfe sehr am Herzen liegt, weshalb es wichtig sei, Angebote unter Berücksichtigung der zur Verfügung

stehenden Mittel zu schaffen. Er wurde von der Sozialamtsleiterin Martina Kador-Probst und dem Abteilungsleiter Soziale Wohnhilfen Tom Hübner begleitet. Frau Kador-Probst betonte, dass seit längerem die Stelle der Sachgebietsleitung Wohnhilfen sowie Bereichsleitung des Fachdienstes Wohnhilfen unbesetzt sind. Deshalb wurde auch der Erarbeitung und der Umsetzung des im Dezember beschlossenen Fachplans Wohnungsnotfallhilfen Vorrang eingeräumt. Dabei wurde die Information an die freien Träger und deren Einbeziehung zeitweilig zurück gestellt. So gelang es trotz zeit- und aufwändiger Ausschreibung innerhalb weniger Monate das Angebot des Hilfebusses – der täglich unterwegs ist – mit einem freien Träger zu organisieren. Sanierung und Ausbau des Übernachtungshauses für obdachlose Männer in der Rückmarsdorfer Straße wurden geplant, die Angebote der Bahnhofsmmission wurden erweitert. In den Übernachtungshäusern für wohnungslose Frauen und Männer werden künftig Schließfächer angeboten, und die Öffnungszeiten des Übernachtungshauses für Frauen wird erweitert. Bis zum Herbst werden fünf Streetworkerstellen neu vergeben. ... eine weitere „Baustelle“ ist die Sicherstellung einer medizinischen Versorgung von auf der Straße lebenden Menschen.

<https://www.linksfraktion-leipzig.de>

Mietentscheid: Rechtsgutachten öffentlich machen.

FRANKFURT A.M. Das Bündnis Mietentscheid Frankfurt kritisiert den Magistrat für die lange Dauer der Erstellung eines Rechtsgültigkeitsgutachtens zu ihrem Bürger*innenbegehren für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dies solle so schnell wie möglich öffentlich werden. „Nur so kann ein schnelles Verfahren der direkten Demokratie sicher gestellt werden. Im Moment entsteht der berechtigte Eindruck, dass von Bürger*innen initiierte Verfahren willkürlich auf die lange Bank geschoben werden“, kommentiert Alexis Passadakakis vom Bündnis Mietentscheid Frankfurt.

Wie die „Frankfurter Rundschau“ (26.6.2019) berichtete, hat das Rechtsamt der Stadt das Gutachten zur Rechtsgültigkeit des Bürger*innen-Begehrens den Dezernaten bereits Anfang Juni zugeleitet. Vertreter*innen des Mietentscheids wurden weder über diesen Vorgang noch über den Inhalt des Gutachten informiert. Auf Nachfrage des Mietentscheids präzisierte das Rechtsamt nun, dass die Dezernate noch keine ergänzenden Stellungnahmen geliefert hätten und daher erst nach der Sommerpause mit einer Veröffentlichung zu rechnen sei. Mike Josef wiederholte gegenüber

der „Frankfurter Rundschau“ seine Position, dass künftig 50 Prozent geförderter Wohnraum bei Neubauprojekten möglich sein könnte. Momentan sind 30 Prozent im Koalitionsvertrag vereinbart. Dazu Lisa Hahn vom Mietentscheid Frankfurt: „Mike Josef will dieses zaghafte Ziel für den nächsten Kommunalwahlkampf positionieren. Mit einer Umsetzung ist dann frühestens ab 2021 zu rechnen. Das ist zu spät. Bis dahin werden weitere tausende Bürger*innen wegen steigenden Mieten aus Frankfurt wegziehen müssen. Außerdem ist es zahlenmäßig völlig unzureichend: Im Jahr 2018 wurden in Frankfurt insgesamt – also von öffentlichen und privaten Bauträgern – nur 65 Sozialwohnungen gebaut. Diese minimale Erhöhung würde also eine geringe zweistellige Zahl an zusätzlichen Sozialwohnungen bedeuten.“ ... „Wir bleiben dabei: im Neubau muss die ABG als öffentliche Wohnungsgesellschaft zu 100 Prozent geförderte Wohnungen bauen“, so Hahn abschließend.

www.frankfurter-info.org/news/mietentscheid-rechtsgutachten-oeffentlich-machen

GWB-Elstertal wieder in öffentlicher Hand: Mieter vor Spekulanten schützen!

GERA. Durch die Entscheidung des Stadtrats – Verkauf von einem Teil der städtischen GWB-Anteile an das Land Thüringen – kann nun per Kabinettsbeschluss der Kaufvertrag zwischen dem bisherigen Mehrheitsgesellschafter Benson Elliott und dem Land Thüringen abgeschlossen werden. Damit wird die Geraer Wohnungsbaugesellschaft wieder komplett in öffentliche Hand zurückgeführt, nachdem im Zuge der Stadtwerkeinsolvenz die Mehrheit an britische Investoren durch den Insolvenzverwalter verkauft wurde. Die 5000 Wohnungen der Geraer Wohnungsbaugesellschaft werden endgültig dem Spekulationsmarkt entzogen und dauerhaft im öffentlichen Eigentum erhalten. Durch die Aktivierung des Wohnbauvermögens des Landes für den Ankauf ist dauerhaft eine Zweckbindung für diesen Wohnungsbestand gesichert und somit ausgeschlossen, dass zukünftige Landesregierungen die Wohnungen auf den Markt werfen können. „...Damit bestätigt sich einmal mehr: Die rot-rot-grüne Landesregierung unter Ministerpräsident Bodo Ramelow steht zu Gera und beteiligt sich – wie schon beim Rückkauf der GVB – weiterhin aktiv an der Aufarbeitung der Folgen der überflüssigen Stadtwerkeinsolvenz.“

<https://www.die-linke-gera.de>

WiN will Wohnungsbau bremsen! **NORDERSTEDT.** Einen ganz tiefen Griff ins Klo erlaubt sich derzeit die Garstedter Wählergemeinschaft „Wir

in Norderstedt“ (WiN): Während viele Menschen verzweifelt bezahlbaren Wohnraum suchen und Tausende NorderstedterInnen überhöhte Mieten zahlen, fordert Joachim Welk im Namen der WiN eine „Denkpause“ beim Wohnungsbau – weil die Infrastruktur nicht mit dem Wohnraum mitwachsen und es zu viel Verkehr gebe. Im Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr fand Linken-Fraktionschef Miro Berbig jetzt die richtige Antwort auf den Vorstoß: „Schade, dass der erste gehaltvolle Antrag der WiN eine Aufforderung zum Nichtstun ist. Wenn wir so weitermachen, wird in fünf bis zehn Jahren die Altersarmut durchschlagen, Menschen werden wegziehen müssen, weil sie sich die Miete nicht mehr leisten können.“ Auch Olaf Harning, Sprecher der Linken in Norderstedt, reagiert deutlich: „Nach unseren Beobachtungen wird die WiN von Menschen geführt, die überdurchschnittlich viel Wohnfläche beanspruchen, überdurchschnittlich viele Autos fahren und überdurchschnittlich viel fliegen. Wenn diese Leute nun Fluglärm beklagen, Wohnungsbau ablehnen und über Verkehrsströme jammern, ist das einigermaßen befremdlich – freundlich ausgedrückt.“ Zum Glück wurde der Antrag der Wählergemeinschaft, neue Wohnungsbauprojekte vorerst „nur zurückhaltend zu genehmigen“, im Ausschuss mit deutlicher Mehrheit (2 Ja, 1 Enthaltung, 11 Nein) abgelehnt.

www.die-linke-segeberg.de

Ein Mietendeckel für Köln: Rede von Jörg Detjen zur Ratssitzung am 9. Juli 2019.

Seit der „Leben in Köln“-Umfrage zum Wohnen 2016 ist klar, der Kölner Wohnungsmarkt ist heftig. Bereits im Jahre 2016 lag bei frei finanzierten Wohnungen die Bruttowarmmiete bei 35 % vom Haushaltseinkommen. Je niedriger die Einkommen, desto höher sind die Mietbelastungen. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis: „Haushalte mit weniger als 1000 Euro Nettoeinkommen [haben] eine Mietbelastung von 54 % [...] In Stadtteilen mit unterdurchschnittlicher Nettokaltmiete ist die Mietbelastung dennoch hoch – dies vor allem in Chorweiler: Hier lag die durchschnittliche Nettobelastung bei 52 % des Haushaltseinkommens.“ Und das sind Zahlen aus 2016 – seitdem sind die Mieten stärker gestiegen als die Einkommen. Die Kölner Baulandpreise beim Geschosswohnungsbau sind gegenüber 2018 um 15 % gestiegen. D.h. wir werden in den nächsten Jahren eine viel höhere Mietpreissteigerung erhalten. 10,90 Euro ist die Durchschnittsmiete in Berlin, aber auch in Köln. Berlin hat einen Mietendeckel und Köln nicht. In den letzten 5 Jahren ist die Miete in Berlin

zwar um ca. 50 % gestiegen. In Köln aber auch um 18 %. Deshalb fordern wir einen Mietendeckel für Köln und fordern die Landesregierung auf, hierfür die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen – insbesondere für Wohnungen, in denen die Mieter mehr als 30 % ihres Haushaltsnettoeinkommens zahlen müssen. Und, meine Damen und Herren, wir sollten uns nichts vormachen: Wenn wir in Köln nicht die GAG, die WSK und einen kleinen Bestand an städtischen Wohnungen hätten, wäre die Lage noch dramatischer. Diese 45000 Wohnungen und die Wohnungen der Genossenschaften stabilisieren den Kölner Wohnungsmarkt. Aber dieser Anteil an allen Wohnungen ist noch zu klein, um ein starkes Gegengewicht zu bilden. Ich finde den Vorschlag des Berliner Baustadtrates Schmidt von den Grünen sehr sympathisch, der dafür eintritt, dass in Berlin 50 % des Wohnbestandes in kommunaler Hand sein muss.

<https://www.linksfraktion-koeln.de>

Sozialer Haushalt und Neuausrichtung des Wohnungsbaus für Oldenburg:

Die Gruppe Die Linke/ Piratenpartei im Oldenburger Stadtrat hat auf ihrer Haushaltsklausur ihre zentralen Forderungen für den Haushalt der Stadt 2019 festgelegt. Ein Schwerpunkt ist eine grundsätzliche Neuausrichtung der Wohnungspolitik, indem die Stadt selbst als Bauherr auftritt um günstigen Wohnraum zu schaffen. Weitere Forderungen sind die Erweiterung sozialer Angebote im öffentlichen Nahverkehr, der Ausbau und die teilweise Erneuerung der Radwege sowie die Erhöhung der Förderung sozialer und kultureller Einrichtungen in Oldenburg

<http://www.die-linke-oldenburg.de>

Ratsfraktion: Statistiken zu Wohnungsneubau in Hannover zeigen

dringenden Handlungsbedarf auf. Die Gruppe Linke & Piraten im Rat der Stadt Hannover sieht sich durch den jetzt vorgestellten Städtevergleich zur Wohnungsbautätigkeit auf traurige Weise bestätigt. Hannover liegt beim Wert der in 2017 fertiggestellten Wohnungen mit 2,1 pro 1000 Einwohner*innen auf dem drittletzten Platz der 15 verglichenen Großstädte und die bekannt desolate Lage im Bauamt führte im selben Jahr zum vorletzten Platz bei der Erteilung von Baugenehmigungen (1,8 pro 1000 Einwohner*innen).

<https://www.dielinke-hannover.de>

□

Die EU braucht eine Richtlinie für armutsfeste Grundsicherungssysteme

VON THILO JANSSEN, BRÜSSEL, 19. JULI 2019

Bereits 1992 hieß es in einer Empfehlung des Rates der damals zwölf EWG-Länder, dass „jeder Mensch einen grundlegenden Anspruch auf ausreichende Zuwendungen und Leistungen hat, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können“¹. Die Regierungen der EWG sollten ihre Systeme für Sozialhilfe entsprechend einrichten oder weiterentwickeln. Die Empfehlung war jedoch unverbindlich. Ihr folgten viele weitere unverbindliche EU-Initiativen gegen Armut, darunter eine Empfehlung der Kommission zur „Aktiven Eingliederung“ (2008), die EU-2020-Strategie mit der „Offenen Methode der Koordinierung“ und der „Europäischen Plattform gegen Armut“ (2010), sowie zuletzt die „Europäische Säule sozialer Rechte“ (2018). Das konkrete Ziel der EU, bis zum Jahr 2020 20 Millionen Menschen aus der Armut befreien, wurde weit verfehlt. Denn trotz all der nettklingenden Initiativen ist die Armut in der EU nicht gesunken. Im Gegenteil: Die Politik von EU und Mitgliedsstaaten nach der Bankenkrise 2008 hat in vielen EU-Ländern wieder mehr Menschen in Armut gestürzt.

Derzeit gelten laut EU-Statistikamt Eurostat 113 Millionen Menschen in der EU als arm. Das entspricht 22,5 Prozent der EU-Bevölkerung.² In der EU werden drei Indikatoren genutzt, um Armut zu erfassen. 1) Die relative Armutsgrenze wird mit 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens angegeben. 2) Als materiell depriviert gilt eine Person, die sich eine Anzahl grundlegender Güter nicht leisten kann, darunter das Heizen der Wohnung, einen Fernseher oder regelmäßige Mahlzeiten. 3) Als armutsgefährdet gilt auch, wer Mitglied eines Haushalts mit sehr niedriger Erwerbsbeteiligung ist. Die gilt als gegeben, wenn eine Person zwischen 18 und 29 in zwölf Monaten weniger als 20 Prozent ihres Erwerbspotentials ausschöpft.

Ein Lichtblick: Auf Initiative der Parteien Syriza in Griechenland und Fünf-Sterne-Bewegung in Italien haben kürzlich die letzten beiden EU-Länder soziale Grundsicherungssysteme eingeführt. Damit gibt es heute entsprechende Systeme in allen EU-Ländern. Wie die nationalen Sozialsysteme insgesamt, sind auch die Grundsicherungen höchst unterschiedlich ausgestaltet. Das Problem ist: Die Höhe der Leistungen

reicht in kaum einem Land aus, um alle bedürftigen Menschen tatsächlich vor Armut zu bewahren, sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen und, wo möglich, bei der (Wieder-) Aufnahme einer Erwerbsarbeit umfassend zu unterstützen. Genau dies sollten Grundsicherungssysteme jedoch leisten. Die Zeit der unverbindlichen Absprachen zwischen EU-Ländern muss deshalb beendet werden. Es bedarf verbindlicher EU-Mindeststandards. Diese müssen die EU-Länder darauf verpflichten, ihre Grundsicherungssysteme armutsfest zu gestalten.

Wie kann das geschehen? Von allen EU-Gremien hat dies der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) am deutlichsten formuliert: „Für eine europäische Rahmenrichtlinie zum Mindesteinkommen“ heißt seine Stellungnahme vom März 2018.³ Damit ist das politische Instrument benannt: die EU-Richtlinie. Wie eine solche Richtlinie ausgestaltet sein könnte, hat zuletzt Benjamin Benz in einem umfassenden Gutachten für den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und die Nationale Armutskonferenz (NAK) ausgearbeitet.⁴ Benz gibt einen Überblick über Funktionen von Mindestsicherungen, beleuchtet ausführlich die EU-rechtlichen Möglichkeiten für eine EU-Richtlinie und verweist auf die wichtigste Voraussetzung: den politischen Willen.

Denn im EU-Parlament (EP) ist die Forderung nach einer Richtlinie politisch hart umkämpft. Zuletzt verabschiedete es 2017 eine Resolution⁵ zu „Strategien für ein Mindesteinkommen als Instrument zur Armutsbekämpfung“. Eine Mehrheit im Sozialausschuss des EP hatte in die Resolution hineingeschrieben, „dass es rechtlich möglich ist, im Rahmen der geltenden EU-Verträge eine Rahmenrichtlinie zu Mindesteinkommen einzuführen“. Eine rechte Mehrheit strich diesen Verweis auf eine mögliche Richtlinie jedoch bei der Endabstimmung im Plenum aus dem Text. Übrig blieb die Forderung an EU-Kommission und EU-Länder, „zu prüfen, in welcher Form und mit welchen Mitteln für ein angemessenes Mindesteinkommen in allen Mitgliedstaaten gesorgt werden kann“.

Die neue Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen hat versprochen, dem EU-Parlament ein indirektes Initiativrecht einzuräumen: Sie werde einen Gesetzesvorschlag vorlegen, sollte

dies eine Mehrheit im EU-Parlament in einer Resolution fordern. Wie sich das im Mai 2019 neu gewählte EU-Parlament zur Frage der Mindesteinkommensrichtlinie verhält, wird sich bald herausstellen.

Im Koalitionsvertrag vom März 2018 der deutschen Bundesregierung ist vereinbart, dass Deutschland sich für einen EU-Rahmen für Mindesteinkommen sowie für einen EU-Rahmen für Mindestlöhne einsetzen werde.⁶ Spätestens in der zweiten Hälfte des Jahres 2020, wenn Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft für ein halbes Jahr übernimmt, könnte sie eine EU-Mindesteinkommensrichtlinie vorschlagen.

Wie könnte eine EU-Richtlinie für Mindesteinkommen umgesetzt werden? Als Rechtgrundlage bietet sich Artikel 153 Abs. 1 lit. h des Vertrags über die Arbeitsweise der EU (AEUV) an. Seit dem Jahr 2010 haben Anne van Lancker vom Europäischen Netzwerk gegen Armut (EAPN) und andere sehr konkrete Vorschläge erarbeitet, wie eine Richtlinie ausgestaltet sein müsste.⁷

Einige wichtige Punkte seien hier genannt: Der adressierte Personenkreis muss universell definiert werden und das Recht jeder Person in der EU festschreiben, über ein armutsfestes Mindesteinkommen zu verfügen. Eingeschlossen werden sollten auch BürgerInnen aus anderen EU-Ländern, die derzeit oft in die Obdachlosigkeit geschickt werden. Die Höhe der Mindesteinkommen sollte über der nationalen (oder regionalen) Einkommensarmutsschwelle von 60 % des Medianeinkommens liegen. Da dies in Ländern wie Rumänien oder Bulgarien nicht ausreichen wird, sollten ergänzend Referenzbudgets (bzw. Warenkorbbe) bestimmt werden. Einem Vorschlag von Benz folgend, sollte die Richtlinie nach verschiedenen Ländergruppen gegliedert (nach Wirtschaftsstärke und Leistungsfähigkeit bestehender Systeme) schrittweise umgesetzt werden. Dies würde zur Akzeptanz bei den nationalen Regierungen beitragen und Befürchtungen entgegen treten, gut funktionierende Systeme könnten durch die EU-Regeln verschlechtert oder schwächere Systeme finanziell überfordert werden. Für letztere sollten parallel EU-Finanzhilfen entwickelt werden – nicht als dauerhafte Transfers, sondern als Anschubfinanzierung, um begleitende soziale Dienstleistungen aufzubauen oder um MitarbeiterInnen auszubilden.

1 <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=celex:31992H0441> 2 <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9310038/3-16102018-BP-DE.pdf/dafea596-6e56-4971-a7c3-f096fb6f6cb5> 3 <https://www.eesc.europa.eu/de/node/60014> 4 <https://www.dgb.de/themen/++co++35cb573c-6124-11e9-b091-52540088cada> 5 http://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-8-2017-0403_DE.html 6 <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975226/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1> 7 <https://www.eapn.eu/wp-content/uploads/Working-Paper-on-a-Framework-Directive-EN-FINAL.pdf>

Über 50 000 setzen Zeichen für eine gerechte Transformation

... Über 50 000 Beschäftigte haben am Samstag an der #FairWandel-Kundgebung der IG Metall am Brandenburger Tor in Berlin teilgenommen. „Die Teilnehmer erwarten von Politik und Arbeitgebern, dass der digitale und ökologische Wandel den Beschäftigten Chancen auf gute Arbeit gibt“, sagte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, in Berlin. „Die Transformation muss sozial, ökologisch und demokratisch gestaltet werden. Dafür hat diese Kundgebung ein kraftvolles Zeichen gesetzt.“



Qualifizierung statt Entlassungen. Zentrales Anliegen der Kundgebung ist die Forderung an Arbeitgeber und Politik, dafür zu sorgen, dass der ökologische und digitale Wandel nicht massenhaft Verlierer hervorbringt.

Im Gegenteil: Die Transformation soll aus technischem Fortschritt sozialen Fortschritt machen. Das setzt voraus, dass für Beschäftigte Brücken gebaut werden. „Wir verlangen ein Transformationskurzarbeitergeld. Damit werden Entlassungen vermieden und die Beschäftigten können sich für die Arbeit an neuen Produkten qualifizieren“, sagte Hofmann.

Mobilitätswende umsetzen. Die IG Metall erwartet, dass die Mobilitäts- und Energiewende erfolgreich umgesetzt wird – im Interesse der Beschäftigten und des Klimaschutzes. „Wir wollen keine Zieldebatten mehr, sondern endlich konkrete Maßnahmen. Ganz dringend ist zum Beispiel eine flächendeckende und verlässliche Infrastruktur von Schnellladestationen“, sagte Hofmann.

„Daneben sind massive Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr und die Schiene notwendig. Mit einer Politik der schwarzen Null ist die Verkehrs- und Energiewende nicht zu schaffen.“ Von den Unternehmen forderte Hofmann Investitionen in neue Produkte und Geschäftsmodelle und die Sicherung von Standorten.

Mit dabei: NABU, VDK, Diakonie. Auf der Kundgebung #FairWandel sprachen neben Jörg Hofmann auch Jasmin Gebhardt, Vertreterin der Jungen IG Metall, und andere Vertreter der Zivilgesellschaft wie Verena Bentele, Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Olaf Tschimpke, Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU), und Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie.

Das Kulturprogramm auf der Kundgebung bestritten die Sänger Clueso und Joris sowie die Bands Silly, Culcha Candela und das Berlin Boom Orchestra.

Dass die Transformation auch junge Menschen bewegt, zeigte die Junge IG Metall mit einem eigenen Demonstrationzug vom Roten Rathaus zum Brandenburger Tor. www.igmetall.de/fairwandel/ueber-50000-setzen-zeichen-fuer-gerechte-transformation

denburger Tor und mit Aktionen zu Ökologie, Ausbildung, Arbeitszeit, Rechtsruck, Globalisierung und Gleichstellung. „Die Welt muss nicht nur klimafreundlicher, sondern auch gerechter werden. Es geht auch darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse besser zu machen“, sagte Jasmin Gebhardt von der Jungen IG Metall.

Klimaschutz plus sichere Arbeitsplätze. Unterstützt wird die IG Metall vom NABU: „Jetzt ist die Bundesregierung gefordert, die Weichen für eine umfassende Mobilitätswende zu stellen und den geordneten und sozialverträglichen Strukturwandel für die Branche in den Regionen so zu organisieren, dass die Transformation Rückhalt in der Gesellschaft genießt. Der Klimaschutz darf nicht gegen die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen oder die Frage nach der Arbeitsplatzsicherheit in der Automobilindustrie ausgespielt werden“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke.

Die Transformation wird auch zum Prüfstein für den Sozialstaat. „An der Rente wird sich zeigen, ob die Politik den Sozialstaat fit macht für die Zukunft. Der Gedanke an die finanzielle Situation im Alter macht fast allen Deutschen große Sorgen“, sagte Verena Bentele, Präsidentin des VdK.

Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie, forderte, den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht reißen zu lassen. „Wir sollten die soziale Demokratie in unseren Nachbarschaften für alle und mit möglichst vielen gestalten und erfahrbar machen. Im Stadtviertel müssen unsere Vorstellungen vom guten Leben Platz haben. Dafür braucht es gute politische Rahmenbedingungen, aber auch das Engagement aller Bürgerinnen und Bürger.“

Demonstration durchs Regierungsviertel. Zu der Demonstration waren Metallerinnen und Metaller aus ganz Deutschland angereist. Viele starteten bereits mitten in der Nacht per Bus oder Sonderzug Richtung Berlin. Die ersten Züge trafen gegen halb acht Uhr morgens in Berlin ein. In mehreren Demonstrationszügen liefen die Kundgebungsteilnehmer durch das Regierungsviertel zum Brandenburger Tor.

DOKE Blick in die Presse

ROSEMARIE STEFFENS, LANGEN

THEMA: **Klimapolitik**

VDMA mahnt klimapolitische Entscheidungen an. N. Denz, VDMA-Hauptgeschäftsführung erklärt: „Die Klima-Debatte darf nicht dauerhaft zum Investitionshemmnis werden. Gutachten und Vorschläge, wie man das Klima besser schützen kann, gibt es bereits zuhauf. Jetzt sind klare politische Weichenstellungen erforderlich, die die Unternehmen dringend für ihre Investitionsentscheidungen brauchen. Ein weiteres Zögern der Regierung vergrößert nur die Gefahr, dass die Klimaziele nicht erreicht werden.“

www.verbaende.com. PM des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau, VDMA, 18.7.19)

Neuausrichtung der Klimapolitik mit klarer sozialer Komponente ist notwendig. „... Ein CO₂-Preis ist ... kein Allheilmittel, muss gerecht ausgestaltet werden und kann dann bestenfalls als ein ergänzender Baustein wirken“, erklärte A. Gedaschko, Präsident des Verbandes der Wohnungswirtschaft (GDW). Die Wohnungswirtschaft begrüßt die ausführliche Analyse des Sachverständigenrates der Bundesregierung zu Reformoptionen in der Klimapolitik sowie den Aufruf, die ordnungsrechtlich geprägte Klimapolitik der Vergangenheit hinter sich zu lassen.

www.verbaende.com, PM des GDW, 18.7.19)

Brauchen wir den europäischen Mindestlohn? BDA-Hauptgeschäftsführer S. Kampeter verneint dies. Das soziale Europa bezieht seine Stärke auch daraus, dass unterschiedliche Traditionen ... gelebt werden. ... Dies gilt besonders für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik: Sie ist bei den Mitgliedstaaten historisch höchst unterschiedlich. Das Ziel starker Arbeitsmärkte eint Europa – die Wege dorthin dürfen aber nicht zentral vorgegeben werden. Die Sozialpolitik liegt ausdrücklich in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten. Es besteht kein Bedarf an zusätzlicher EU-Regulierung. Unterschiedlich starke Sozialsysteme in Europa sind nicht auf einen Mangel an Regeln zurückzuführen, sondern auf wirtschaftliche Unterschiede ... jeder Mitgliedstaat (muss) seine Sozialsysteme eigenverantwortlich gestalten. Die nationale Mindestlohnregelung gründet auf Tarifautonomie in Deutschland ... Schon aus dem Fehlen kollektiver Lohnfindung auf supranationaler Ebene ergibt sich die mangelnde Erfüllungsgrundlage einer konkreten Vorgabe für die EU.“

Magazin Mitbestimmung, 2/19, www.boeckler.de

Die Stadt Kassel will trotz Urteil weiter ein Verbot der Demonstration der Partei „Die Rechte“, die gegen eine angebliche Instrumentalisierung des Attentats auf den CDU-Politiker Walter Lübcke protestieren will, mit dem Rechte in die Nähe von Gewalt und Terror gerückt würden. Dafür hat sie sich den 20. Juli, den Tag des gescheiterten Hitler-Attentats, ausgesucht. Die Stadt Kassel hatte die geplante Demo verboten. Dieses Verbot wurde auf den Eilantrag der Partei Die Rechte durch das Verwaltungsgericht Kassel gekippt. Nun hat die Stadt beim Verwaltungsgerichtshof dagegen Beschwerde eingelegt. Das Verwaltungsgericht hatte erklärt, dass die gesetzlichen Voraussetzungen für ein Totalverbot nicht vorlägen. Die Gefahrenprognose für die öffentliche Sicherheit rechtfertige ein Totalverbot nicht. Den von der Stadt befürchteten Gefährdungen für die öffentliche Sicherheit könnte durch Auflagen begegnet werden. Radio FFH, 18.7.19

Polizeigewerkschaft (GdP) Berlin distanziert sich von der AfD. In der Diskussion um das Wahlverhalten von PolizistInnen und die Nähe zur AfD bezieht die GdP Land Berlin Stellung. „Diese Partei steht für menschenverachtende Inhalte, Populismus und spielt mit Ängsten und Frustration der Menschen. ... jeder (hat) das Recht, die zu wählen, mit deren Inhalten man sich identifiziert. Dass man demokratisch gewählt wurde, heißt aber nicht, dass man demokratisch sein muss“, so GdP-Landeschef N. Cioma. „Es lässt sich nicht verhindern, dass man unsere Forderungen übernimmt und selbst im Parteiprogramm auf uns verweist ... Wir werden aber mit dieser Partei nie an einem Strang ziehen. Ich bin froh, dass wir das auf Bundesebene ... auch so manifestiert haben, weil es Bundesländer gibt, in denen man sich in absehbarer Zeit als GdP womöglich mit einem AfD-Innensenator herumplagen muss. Gerade in diesen Landesbezirken wurde meinen Kolleginnen und Kollegen schon mehrfach deutlich der dann anders wehende Wind angedroht. Diese Partei will Gewerkschaften abschaffen.“

AfD im Bundestag. „Verbal und mit Blick auf die Wahlen hat man die schwierige Lage im Osten für sich entdeckt und springt schon einmal kurzfristig auf den Linke-Vorschlag eines Treuhand-Untersuchungsausschusses auf. Wenn es konkret wird, orientiert sich die Fraktion aber an den Besserverdienenden und der FDP. Vorschläge von Linken und Grü-

nen zur besseren Kontrolle der Geldwäsche werden vom AfD-Abgeordneten S. Keuter ... abgelehnt: „Sie wollen eine Ausdehnung des Staatsapparates. Wir als freiheitliche Partei, wir als AfD sind hier skeptisch. Der Staat muss nicht alles wissen und nicht alles kontrollieren. Die Daten der Bürger sind zu schützen; die Privatsphäre ist zu wahren.“ Kein Wunder bei einer Partei, die sich in ihrem Grundsatzprogramm zur Schutzmacht auch für Steuerflüchtlinge à la Uli Hoeneß erklärt. Während die AfD weder beim Hartz IV-Regime noch bei Geflüchteten die geringsten Bedenken gegen die völlige Aufgabe jeder Privatsphäre und die totale Durchleuchtung durch den Staat hat, sieht das bei gut situierten Bürgerinnen und Bürgern ganz anders aus. Auch das ist eine Form der Klassensolidarität.“

Berichterstattung: Dr. G. Wiegel (Deutscher Bundestag, 19. Wahlperiode, Protokoll 107. Sitzung, S. 13226, 26.-28. Juni 2019)

Hakenkreuze in Gewaltspielen sind keine „staatsbürgerliche Aufklärung“. Verdi und der DGB halten die Entscheidung der Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) für falsch, Computerspiele mit nationalsozialistischen Symbolen freizugeben. Im konkreten Fall soll erstmals in Deutschland ein so genanntes Ego-Shooter-Spiel zugelassen werden, in dem Nazi-Symbole zu sehen sind. F. Werneke, stv. Verdi-Vorsitzender: „Aggressive Computerspiele mit pseudo-historischen Bezügen nutzen Nazi-Symbole nur als zusätzlichen ‚Trigger-Faktor‘. Eine kritische Aufarbeitung des Zeitgeschehens – als ein Kriterium für Kunstfreiheit – kann ich nicht entdecken. Es sollte also bei geltendem Recht bleiben: Die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ist eine Straftat.“ A. Buntentbach, DGB-Vorstand: „... Wir müssen eine schleichende Akzeptanz von Hakenkreuzen und anderen Nazi-Symbolen verhindern. Unsere Gesellschaft sollte es nicht der USK überlassen, das Selbstbild der Games-Branche zu definieren und die roten Linien des Rechtsstaates zu verschieben.“ Die USK hat bereits 2018 ihr Freigabe-Verfahren geändert ... sie begründet ihren Schritt mit der „Sozialadäquanz“, d.h. unzulässige Symbole dürfen verwendet werden, sofern es der staatsbürgerlichen Aufklärung in Kunst, Wissenschaft, Forschung und Lehre oder der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens und der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient (§86a, Abs. 3 StGB).

Neue Rechtsfraktion im Europaparlament		
Partei	Land	Mandate
Lega	Italien	28
Rassemblement National	Frankreich	22
AfD	Deutschland	11
FPÖ	Österreich	3
Vlaams Belang	Belgien	3
PS („Wahre Finnen“)	Finnland	2
Freiheit und direkte Demokratie	Tschechien	2
Dänische Volkspartei	Dänemark	1
Estnische Konservative Volkspartei	Estland	1

„Europa der Nationen“

Wird der Europa-begriff der Rechten neu besetzt?

Eva Detscher, Karlsruhe. Zur Erfassung der Stimmungslage nach den Wahlen zum Europäischen Parlament luden die Stiftung bei der Europäischen Linken transform!Europe und die Rosa Luxemburg Gesellschaft im Juni zum „Wiener Seminar“.

Mehr Fragen als Antworten – so könnte die Stimmungslage beschrieben werden. Berichte aus Griechenland, Spanien, Belgien, Großbritannien, Tschechien, Dänemark, Italien, Polen, Finnland, Frankreich und Deutschland sowie Beiträge u.a. über die Schwierigkeit der Entwicklung einer gemeinsamen linken Politik, aber auch über Möglichkeiten linker Projekte in Zusammenarbeit mehrerer Parteien wurden offen diskutiert – unter dem Einfluss einer gestärkten rechten Gruppe im Europäischen Parlament. Dass die Lage für die gewählten Mitglieder im EP sehr ernst ist, wurde von Gabi Zimmer eindrucksvoll dargelegt. Ihr Beitrag wie auch alle Länderberichte auf der website von transform (<https://www.transform-network.net>).

Bei den Diskussionen über die Rechten standen immer zwei Ansätze im Raum: betrachten die Linken die Rechten als Konkurrenz oder sind sie die konsequentesten Bekämpfer der Rechten? Diese Methodik der Übernahmestrategie beleuchtet die Studie „Die extreme Rechte in Parlamenten in Italien und Österreich“. Vorgestellt wurden auch Studien, die sich mit der Entwicklung der extrem Rechten in Europa auseinandersetzen, wie die nebenstehend dokumentierte.

„Man könnte vermuten, dass aufgrund der nationalistischen Haltung, die alle Parteien vertreten, die Zusammenarbeit – wegen der jeweils eigenen Interessen – nur ziemlich begrenzt sein kann,“ so die Studie. „jedoch gibt es auf Parlamentsebene durch Bildung von parlamentarischen Gruppen in der Zusammenarbeit der einzelnen Parteien, aber auch persönlich, in den letzten Jahren beachtliche Anstrengungen. Die Parlamentarier organisieren sich nicht national, sondern entlang ideologischer Linien. Die Gruppen müssen mindestens 25 Mitglieder aus mindestens sieben Ländern haben, um offiziell anerkannt zu werden, garantierte Sitze in Komitees und finanzielle Unterstützung zu bekommen. Die parlamentarischen Gruppen spielen eine lebendige Rolle im Parlamentsleben, sie können Vorschläge und Verbesserungsanträge für die Tagesordnungen der Parlamentssitzungen einbringen.“

Beobachtet wird bei nationalistischen bis rechtsextremen Parteien eine Veränderung ihrer Haltung gegenüber Europa.

„Die europäische Idee kann mit verschiedenen Bedeutungen gefüllt werden. Meistens werden Europa und EU in der Bedeutung gleichgesetzt, was Zustimmung zum (neo)liberalen westlichen System bedeutet, das ändert sich aber gerade bei der Rechten. Verfolgt man die Bestrebungen Salvinis mit der Gründung der neuen Gruppe „Identität und Demokratie“, so verlagert sich seine Rhetorik von einer Gegnerschaft Europas hin zum Ziel der Änderung Europas von innen heraus. Die EU soll seiner Ansicht nach gerettet werden vor Bürokraten, um den Europäischen Traum zu leben. Waren die Statements vorher anti-europäisch, verstehen sich die rechten Parteien jetzt immer mehr als Verteidigerinnen des wahren Europa. Dieser Europabegriff, der in den 60er Jahren in Frankreich von der Nouvelle Droite wieder aufgegriffen wurde, baut auf dem Europaverständnis der Nationalsozialisten auf, die Europa als Bollwerk gegen jüdisch-bolschewistischen Einfluss begriffen und Antisemitismus, Kolonialismus und Nationalismus in dieses europäische Verständnis integrierten.“

Vier Gesichtspunkte europafeindlicher Haltung

1. Nationale Souveränität steht an oberster Stelle. (Nationalstaaten sind eine individuell gewachsene Einheit im Unterschied zur künstlich geschaffenen EU). **2.** Ablehnung jeglicher Übertragung staatlicher Souveränität an die EU. **3.** Restriktive

Regelung der Migration. **4.** Ausschließliche Anerkennung nationaler Staatsbürgerschaft, Ablehnung einer europäischen. – Daran wurden fünf Parteien, nämlich die Dänischen Volkspartei (DPP), die Holländische Freiheitspartei (PVV), AfD, Lega (Italien) und Rassemblement National (RN, Frankreich) gemessen.

DPP: Völlige Opposition zur EU. Migration: Dänemark ist kein Einwanderungsland, Dänemark den Dänen, abgesicherte Grenzen. Das ideologische Herz des Programms ist der Nationalismus. „Liebe zum dänischen Vaterland“, ... wir erlauben nicht, dass Dänemark seine Souveränität aufgibt. Kulturelle Identität: Christentum als Wurzel und die Dänische Ev. Reformierte Kirche als „Kirche der Dänen“, die vom Staat unterstützt werden sollte, sowie die Vater-Mutter-Kind-Familie als Kern der Kultur und die konstitutionelle Monarchie.

PVV (Wilders) Herausragendster Programmpunkt: Anti-Islamismus, unverhüllter Rassismus. Schließung der Moscheen, Verbot des Korans. Liberale, grundlegende Menschenrechtsprinzipien gelten nicht für den Islam. Austritt der Niederlande aus der EU, Auflösung der EU, Wiedereinführung des Guldens. Beendigung der Freizügigkeit für Polen, Rumänien und Ungarn. Keine Einwanderung aus muslimischen Ländern! Die Wurzeln der niederländischen Identität sind in Jerusalem, Rom und Athen. Staatsangehörigkeit kann nur niederländisch, nicht europäisch sein.

AFD. Ziele: Europa der Vaterländer als Gemeinschaft souveräner Staaten. Verstärkung des Mehrheitssystems in der Entscheidungsfindung des Europäischen Rats, Abschaffung der Vorherrschaft des Europäischen Gerichtshofs, Volksentscheide zu wichtigen Themen, mehr Geld für nationale Armeen, keine EU-Steuern, Rückkehr zu nationalen Währungen, Ablehnung allgemeiner Asyl- und Migrations-, Ausländer- und Sicherheitspolitik, der Freizügigkeit und der Schengen-Richtlinien, Kooperation zwischen Nationalstaaten, kein europäischer Superstaat. Wenn die EU-Reform nicht stattfindet, solle die EU aufgelöst und neu gegründet werden als ökonomische Vereinigung: „Dexit“ nach einem Referendum. Verkleinerung des Civil Service, Degradierung des Europ. Gerichtshofs zu einem Schiedsgericht. Förderung der Remigration und ausnahmslosen unbürokratischen Abschiebungen. Angstschüren vor einer existenziellen Bedrohung der europäischen Zivilisation.

Lega. Seit 2013 (von Salvini geformt): euroskeptische Position mit aggressivem rassistischem Ausdruck gegen Roma und Sinti, Fremde, speziell Einwanderer und Flüchtlinge aus Afrika oder muslimischen Ländern. Forderung eines Wegs, wie Italien die EU verlassen kann. Die neue EU soll dann nichts mehr gemein haben mit der jetzigen, nur noch eine Wirtschaftsunion sein. Migration hat einen prominenten Platz im Programm. Eine Liste restriktiver Regeln zu Einwanderung, besonders für Asylsuchende. Aggressive Rhetorik, die auch mit dem Gesetz kollidiert, z.B.: Arrest für Asylsuchende bis ihr rechtlicher Status entschieden ist oder die Forderung, zu unterbinden, dass Schiffe mit geretteten Flüchtlingen die Häfen Italiens ansteuern, um Flüchtlinge in Sicherheit bringen.

RN (ehemals FN). Etablierung als „Mainstreampartei“ unter Marine Le Pen: Befürwortung der Eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle, Verbot von offenen antisemitischen Äußerungen. Hauptunterschied zu anderen rechten Parteien: Frankreich betrachtet sich als internationalen Spieler in seinem Selbstverständnis, der Diplomatie und Verteidigung: Ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat, diplomatisch in mehreren afrikanischen Ländern, vor allem früheren Kolonien engagiert, hat bedeutendes Militär, offen oder verdeckt aktiv in mehreren Ländern – bes. in Afrika. Besitzt Nuklearwaffen mit über 300 Sprengköpfen. Daher viel mehr Leidenschaft für Verteidigung und Militär, Anspruch auf EU-Führerschaft. (Intellektuelle Tradition der Nouvelle Droite schloss faschistische Ordnung für Europa und die Welt ein). Die EU sollte radikal zum Europa der Vaterländer werden: Zusammenarbeit freier Nationalstaaten, die nationalem Kapital die Souveränität zurückbringe. Herunterfahren der EU auf reines Koordinations-Büro für Ratsangelegenheiten. Migration: Wiedererrichtung der nationalen Grenzen, Außer-Krafttreten des Schengen-Abkommens. Erschwerung der Einbürgerung, Verbot von Familienzusammenführung, Verbot des Geburtsort-Prinzips.

Fazit: Die untersuchten Parteien erfüllen die Kriterien der Europafeindlichkeit mit nationalen und kulturellen Besonderheiten. Eine gegenseitige Annäherung hin zum „Europa der Vaterländer“ wäre weiter zu verfolgen.

transform! Europe. Dr. Nicolas Bechter, Europe of Nations. A Study on Extreme Right Parties and the EU Integration, Juni 2019 - www.transform-network.net.

Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?

Pressemitteilung, Der Freiburger Rechtsanwalt Michael Moos führt seit zehn Jahren mit dem Verfassungsschutz Baden-Württemberg einen Kampf um seine Daten. Am 11.7.2019 hat die 1. Kammer des Verwaltungsgericht Stuttgart sein heute bekannt gegebenes Urteil gesprochen. Bisher ist nur das Ergebnis bekannt, eine Begründung wird das Gericht den nächsten Wochen nachreichen. Aber schon allein das Ergebnis des Verfahrens ist beachtenswert.

Das Verwaltungsgericht hat festgestellt, – dass der Verfassungsschutz Baden-Württemberg von Anfang an die Daten von 15 Verteidigerbesuchen von Rechtsanwalt Moos in den Jahren 1982/3 bei einem inhaftierten Mandanten rechtswidrig erfasst und gespeichert hat, – dass der Verfassungsschutz die von ihm im Beobachtungsfeld „Linksextremismus“ erhobenen Daten zu Rechtsanwalt Moos nicht länger als bis zum 31.12.2000 hätte speichern dürfen und die weitere Speicherung bis zur vom Verfassungsschutz selbst angeordneten Löschung am 7.2.2013 rechtswidrig gewesen ist, – und, dass der Verfassungsschutz immerhin zwei Drittel der Kosten des Verfahrens zu tragen hat.

Somit ist Rechtsanwalt Moos vierzehn bzw. zwölf Jahre vom Verfassungsschutz des Landes rechtswidrig beobachtet und seine Daten rechtswidrig gespeichert worden.

Schon jetzt kann – bei aller Zwiespältigkeit des Urteils im Übrigen – gesagt werden, dass dies ein großer Erfolg ist. Denn es kommt äußerst selten vor, dass sich ein Bürger oder eine Bürgerin gegen die Beobachtung durch den Verfassungsschutz gerichtlich zu Wehr setzt. Dies ist nicht verwunderlich, denn die Betroffenen wissen in aller Regel gar nicht, dass sie vom Verfassungsschutz beobachtet und ihre Daten gespeichert werden. Und dann müssen Geduld, viel Energie und Kosten auf sich genommen werden, um einen jahrelangen Rechtsstreit zu führen, im Falle von Rechtsanwalt Moos zehn Jahre.

Hierzu sagt der Prozessbevollmächtigte von Rechtsanwalt Moos, der Freiburger Rechtsanwalt und Vorsitzende der den Prozess unterstützenden Humanistischen Union Baden-Württemberg, Dr. Kauß: „Diese Behörde ist es gar nicht gewohnt, dass ihr Handeln rechtlich und vor allem gerichtlich überprüft wird. Der Verfassungsschutz hat es sich in der Rolle eines „rechtlich Unberührbaren“ bequem gemacht. Und diese Behörde muss sich nun mit dem Vorwurf auseinander setzen, über 14 Jahre hinweg rechtswidrig die Daten über einen Bürger gespeichert zu haben und damit die Hälfte aller über Rechtsanwalt Moos gespeicherten Aktenseiten. Das sollte Konsequenzen haben.

Es ist ein großer Fortschritt, dass der Verfassungsschutz sich nicht mit seiner

Ansicht hat durchsetzen können, dass die Mitgliedschaft eines DKP-Funktionärs in der kommunalen Listenverbindung Linke Liste, der Rechtsanwalt Moos im Freiburger Gemeinderat seit 1999 angehört, erlaubt, alle Personen, die mit diesem Funktionär in politischem Kontakt stehen, als linksextremistisch beeinflusst zu überwachen, wie dies im Fall von Rechtsanwalt Moos geschehen ist.“

Andererseits: Eine zwiespältige Entscheidung! Nicht zufrieden sind wir damit, dass das Gericht die Beobachtung und Speicherung von Daten über Rechtsanwalt Moos für die Zeit von 1978 bis 1998 bzw. 2000 für rechtmäßig befunden hat.

Das Gericht hat offenbar die Erhebung und Speicherung von Daten über Rechtsanwalt Moos für zulässig gehalten, wenn er sich im Umkreis einer vom Verfassungsschutz beobachteten angeblich linksextremistischen Organisation bewegt hatte. Es kam also überhaupt nicht darauf an, dass Rechtsanwalt Moos selbst keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen verfolgte. Es reichte schon, wenn er als Referent auf einer Veranstaltung z.B. der Roten Hilfe aufgetreten ist. Das eine Art Kontaktschuld.

Dazu Rechtsanwalt Moos: „Da ich mich im Laufe der Jahrzehnte sehr häufig kritisch mit der Entwicklung vom Rechts zum Sicherheitsstaat befasst habe und auf einer Vielzahl von Veranstaltungen dazu referiert und diskutiert habe, gibt es also eine Fülle von derartigen Erkenntnissen. Sogar das Einweihungsfest unserer Kanzlei im Hegar-Haus 1994 ist nachrichtendienstlich überwacht worden, durch einen Spitzel des Amtes, eine ‚Quelle‘, wie es das Amt lieber hört. Ich wehre mich dagegen, dass meine Bemühen um rechtsstaatliche und demokratische Verhältnisse mit meiner Erfassung und Zuordnung zum ‚linksterroristischen Beobachtungsfeld‘ quitiert wird.“

Man wird abwarten müssen, wie das Gericht die von ihm vorgenommenen zeitlichen Zäsuren begründet. Dann wird auch darüber entschieden, ob gegen das Urteil Berufung eingelegt werden wird.

Es bleibt bei allem Erfolg ein zwiespältiges Gefühl.

gez. Dr. Udo KAUS, Rechtsanwalt in Freiburg, Vorsitzender HUMANISTISCHE UNION LV Baden-Württemberg

Habermas zum Neunzigsten

KARL-HELMUT LECHNER, NORDERSTEDT

Am 18. Juni 2019 feierte der Philosoph Jürgen Habermas seinen 90. Geburtstag. Die „Arbeitsgemeinschaft Kommunistische Politik von unten“ (KPvu) in der Partei Die Linke-Schleswig-Holstein nahm dies zum Anlass, sich kritisch mit seiner Rolle als „Staatsphilosoph der BRD“ – so hatte ihn die „Junge Welt“ am 18.6.19 titulierte – auseinanderzusetzen. Beim Treffen am 7. Juli im Linken Zentrum in Elmshorn wurde sein Nimbus als eines Verteidigers linker Bewegungen unter die Lupe genommen, ebenso manche seiner reaktionären Aussagen; aber auch eine Einschätzung erarbeitet, ob seine Theorien in Teilen für linke Politik nutzbar gemacht werden können. Die Zeitschrift „Schattenblick“ hat dazu berichtet.*

Habermas' wichtigste Schriften

- 1962 Strukturwandel der Öffentlichkeit
- 1968 Erkenntnis und Interesse
- 1976 Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus
- 1981 Theorie des kommunikativen Handelns
- 1985 Der philosophische Diskurs der Moderne
- 1992 Faktizität und Geltung
- 1996 Die Einbeziehung des Anderen – Studien zur politischen Theorie
- 2005 Zwischen Naturalismus und Religion
- 2019 Auch eine Geschichte der Philosophie, Band 1: Die okzidentale Konstellation von Glauben und Wissen Band 2: Vernünftige Freiheit. Spuren des Diskurses über Glauben und Wissen

Seine philosophischen Themen:

Will man Habermas' philosophische Themen unter ein paar Stichworten versammeln, dann sind es die Begriffe des „Erkenntnisleitenden Interesses“, des „herrschaftsfreien Diskurses“, und des „unvollendeten Projektes der Moderne“.

„Erkenntnisleitendes Interesse“

Der menschlichen Gattung sind drei grundlegende Interessen eigen, die mit unterschiedlichen Methoden und Theorien verknüpft sind:

*www.schattenblick.de/da/2019/07/sb_190717_schattenblick_druckausgabe.pdf bzw. [...]sb_190718_schattenblick_druckausgabe.pdf

– das Interesse an technischer Verfügung über objektive Prozesse (empirisch-analytische Wissenschaften),
 – das Interesse an lebenspraktischer Verständigung in der Kommunikationsgemeinschaft (Hermeneutik) und
 – das Interesse an der Emanzipation von naturwüchsigem Zwang (sozialwissenschaftliche Ideologiekritik und Psychoanalyse).

„Herrschaftsfreier Diskurs“

Der Gedanke des „herrschaftsfreien Diskurses“ erhebt einen normativen Anspruch. Dieser ist mit der Französischen Revolution zum Fundament und zur moralischen Bedingung der Moderne geworden: Es ist der Gedanke, dass alle Menschen als gleich und frei und zum vernünftigen Miteinander fähige Subjekte zu betrachten sind. Der Gebrauch des nüchternen Verstandes und der unerschrockenen Vernunft ist dafür Bedingung.

Das „unvollendete Projekt der Moderne“

Habermas will die Aufklärung in seinem „Projekt der Moderne“ weiterführen:

Zusammengefasst lehrt die klassische deutsche Geschichtsphilosophie:

1. Immanuel Kant: In der Geschichte gibt es einen Fortschritt zu demokratischen Institutionen – und ein entsprechendes Handeln („Die Bestimmung des menschlichen Geschlechts im Ganzen ist unaufhörliches Fortschreiten ...“) [vgl. I. Kant, „Recensionen zu J.G. Herders Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“, Theil 1.2. (1785)]

2. G. W. F. Hegel: Wir sind am „Ende der Geschichte“ angelangt, weil es keine besseren normativ-politischen Ideen mehr gibt (als damals Preußen): „Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig“ [Hegel: „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ (Hegel-W Bd. 7, S. 24)]

3. Karl Marx: Die Geschichte ist geprägt durch soziale Antagonismen. „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ [Marx / Engels. „Manifest“, 1848]

Habermas knüpft an alle drei Theorien an:

1. Anknüpfung an **Kant:** An die Einheit der Vernunft und die absolute moralische Verantwortung des Einzelnen. Der kategorische Imperativ lautet: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ [KpV, AA 05: 308]

2. Anknüpfung an **Hegel:** An die Entwicklung der Vernunft und der Sitt-

lichkeit als gesellschaftlichem Prozess. „Der Staat ist die selbstbewußte sittliche Substanz, – die Vereinigung des Prinzips der Familie und der bürgerlichen Gesellschaft ...“ [Hegel: „Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften im Grundrisse“ [Hegel-W Bd. 10, S. 330]

3. Anknüpfung an **Marx:** Der problemzeugende Charakter der kapitalistischen Ökonomie. „Die Kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen des Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ [Marx MEW 23, S. 530]

Habermas setzt sich damit ab von der klassischen Geschichtsphilosophie:

Es gibt Gesellschaften, die sich entwickeln und lernen können. Zwar kann man keine Aussagen zum weiteren historischen Verlauf machen, aber möglich sind Aussagen über Entwicklungspotentiale, die noch nicht ausgeschöpft sind. Es gibt für Habermas keine notwendige, kontinuierliche und unumkehrbare Entwicklung.

Die „Einbeziehung des Anderen“

Habermas beschäftigt am meisten, wie sich ein politisches Gemeinwesen integriert. Es geht ihm um das Selbstverständnis der Bürger, ihre Identität und ihre Bereitschaft, diese mit anderen zu teilen es geht – so auch der Buchtitel – um die „Einbeziehung des Anderen“.

Und das in verschiedener Hinsicht: Sie betrifft einerseits die Integration ausländischer Mitbürger in unsere Gemeinschaft, sie betrifft auch die Integration von Minderheiten in die Gesamtgesellschaft, und sie betrifft die Integration Deutschlands in den übergreifenden Zusammenhang der europäischen und der Weltgemeinschaft.

Habermas geht aus von der Theorie einer legitimen, rechtsstaatlich organisierten Politik. Das heißt: Er geht aus von der Frage, anhand welches normativen Kriteriums ein Gemeinwesen als moralisch gerechtfertigt beurteilt werden kann.

Sein Anliegen hat Habermas einmal so charakterisiert: „Ich habe ein Gedankenmotiv und eine grundlegende Intuition. Diese geht (...) auf religiöse Traditionen etwa der protestantischen oder jüdischen Mystiker zurück (...). Der motivbildende Gedanke ist die Versöhnung der mit sich selber zerfallenen Moderne: die Vorstellung also, dass man ohne Preisgabe der Differenzierungen, die die Moderne (...) möglich gemacht haben, Formen des Zusammenlebens findet, in der wirklich Autonomie und Abhängigkeit in ein befriedetes Verhältnis treten: dass man



- 1929 geboren
- 1954 Promotion über Schelling
- 1956 Assistent von Adorno
- 1962 Habilitation bei Abendroth
- 1964 Professor Frankfurt a. M.
- 1971 Direktor in Sternberg
- 1983 Rückkehr nach Frankfurt
- 1994 Emeritierung

aufrecht gehen kann in einer Gemeinsamkeit, die nicht die Fragwürdigkeit rückwärtsgewandter substantieller Gemeinschaftlichkeit an sich hat.“ (NZZ 15. 6. 19)

„Nachmetaphysisches Denken“ / „kommunikative Vernunft“

Wie, fragt Habermas, lässt sich Moral – und damit die Legitimität von Herrschaft – unter Bedingungen des „nachmetaphysischen Denkens“ überhaupt noch begründen?

Im ersten Teil von „Einbeziehung des Anderen“ umreißt er knapp die Antwort:

In einer pluralistischen Welt, die ihre Moral nicht mehr aus einem alleseits selbstverständlichen Ethos schöpfen kann, muss sie ihren Halt in der kommunikativen Vernunft der Menschen haben. Vereinfachend gesagt: Wenn uns nichts anderes bleibt, als uns über moralische Fragen gesprächsweise zu verständigen, dann ist die Einhaltung beziehungsweise Sicherung der Bedingungen verständigungsorientierter Diskurse die höchste Norm. Dazu gehören solche „Basics“ wie die Bereitschaft, die Meinung des anderen zu hören, Meinungsverschiedenheiten gewaltfrei zu lösen, die Würde der Menschen unabhängig von ihrer Meinung zu respektieren.

Diese „Basics“ bilden das normative Gerüst eines auf keine andere Moral mehr einzuschwörenden Gemeinwesens. Sie nehmen Gestalt an in der des demokratischen Rechtsstaates.

Demokratisch muss der Rechtsstaat sein, weil allein die Beteiligung der Bürger an den politischen Auseinandersetzungen die normativ erforderliche gemeinsame Aussprache über das je zu Tuende gewährleistet.

Die Idee des Rechtsstaates bildet, „den eigentlichen Ort der sozialen Integration“. Das Recht erhält seine integrative Wirkung dadurch, „dass sich die einzelnen Adressaten der Rechtsnormen zugleich in ihrer Gesamtheit als vernünftige Urheber dieser Normen verstehen dürfen“. Kurz: In einer säkularen und pluralen Welt ist der demokratische Rechtsstaat die einzig legitime politische Ordnung. ▶

Das Staatsverständnis „Deliberativer Demokratie“

Deliberative Demokratie bedeutet: öffentliche Diskurse, öffentliche Beratung, die Teilhabe der Bürger an öffentlicher Kommunikation. Der Staat ist nach Habermas keine substantiell eigenständige Größe, sondern der fortwährende Prozess der Willensartikulation und Willensdurchsetzung seiner Staatsbürger. Für diese wiederum bedeutet dies, dass sie nicht qua Teilhabe an einem überindividuellen Staatssubjekt Staatsbürger sind, sondern qua Mitwirken am gemeinschaftlichen, politischen Prozess. Dies ist die Antwort auf die Frage nach der moralisch akzeptablen Identität von Bürgerinnen und Bürgern. Man gehört zu einem Gemeinwesen durch das gemeinsam geteilte, ständig im Prozess befindliche Mitwirken an Politik und Rechtsordnung. Staatsbürgerliche Identität beruht weder in der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Volksgemeinschaft noch zu einer besonderen Kultur oder Religion.

Die Praxis des europäischen Staatsbürgers

Daraus erklärt sich Habermas' scharfe Ablehnung der Nation als eines gültigen Identitätsfaktors. Die Zeit ist vorangeschritten, und eine gereifte politische Kultur kann und muss die Nation heute hinter sich lassen.

Selbst wenn die Nation irgendeine legitimierende Kraft hätte, bliebe sie unter den Bedingungen der Globalisierung von Technik, Verkehr und Wirtschaft hoffnungslos veraltet. Europa muss sich, da ist Habermas ganz deutlich, eine gemeinsame rechtsstaatliche Ordnung geben, damit es auf den akuten Problemzustand adäquat reagieren kann.

Wenn eine normativ gerechtfertigte staatsbürgerliche Identität nur noch in der geteilten Mitwirkung am politischen Prozess besteht, bedarf es für ein geeintes Europa nicht einer europäischen Volksgemeinschaft, sondern einer geteilten politischen Praxis der europäischen Staatsbürger.

Aus demselben Grund plädiert Habermas für eine offensive Einwanderungspolitik. Wenn für die politische Identität die kulturelle oder religiöse Herkunft der Bürger keine tragende Rolle spielen, spricht nichts dagegen, den in Deutschland lebenden Ausländern die gleichen politischen Teilnahmerechte einzuräumen wie den angestammten Deutschen. Um Partner im politischen Prozess zu sein, bedarf es keiner Volksgenossenschaft. Ein klares Ja zur Integration von Ausländern, ein klares Ja zu Europa, ein deutliches Nein zu jedem Nationalismus.

Ein merkwürdig unruhiger Sommer, eine unübersichtliche Zeit

HARALD PÄTZOLT, BERLIN

Was ist eigentlich los in der Hauptstadt? Die Kanzlerin schwächelt sichtbar, besetzt aber den wichtigsten Posten in der EU. Die SPD hängt im never ever erwarteten Umfragetief und irrlichert politisch herum. Die Grünen finden keine Anlagemöglichkeiten für den ihnen von der Bevölkerung gewährten Kredit. In der AfD gärt es wie nie, was im Osten niemanden ihrer Anhänger zu stören scheint. Und die Linke scheint Opfer ihrer eigenen Prophezeiung (im Europawahlkampf hatte sie bekanntlich die Theorie vom „Dritten Pol“ kreiert), sie schaut dem Spiel der „neoliberalen“ Parteien mit der AfD auf der politischen Bühne zu und wartet auf ihr Stichwort für ihren Auftritt. Solange der nicht kommt, gehen Gerüchte um, es läge an der mangelhaften Besetzung der Hauptrollen.

Aber was wird da eigentlich gespielt? Improvisiert die sogenannte GroKo gerade? Werden sie die Besetzung im nächsten Akt wechseln? Bricht die Einführung im Herbst ab oder im Frühjahr? Wer weiß.

Verlassen wir die Ebene der Metapher und reden über Szenarien. Strategiefähigkeit ist ja nicht das Vermögen, die wahrscheinlichste Entwicklung zu antizipieren, sondern für beinahe jedes Szenario eigene Optionen zu entwickeln. Schlicht: Wie es auch kommen mag, man ist vorbereitet.

Eine der Fragen, die von manchen in der Linken mal wieder laut gestellt wird ist: Sollten eine schwächelnde SPD und eine stagnierende Linke mit den Grünen die nächste Bundesregierung bilden? Vielleicht müssen sie. Aus Verantwortung.

Mein Gefühl sagt mir: Vorher werden die Grünen alle anderen Optionen, also Koalitionen mit SPD und FDP oder mit Union und FDP, prüfen. Aber gut möglich, dass sie damit scheitern wie zuletzt, nach der Bundestagswahl 2017.

Doch die Voraussetzungen, also das, was alle drei Parteien mitbrächten, Stand heute, wären alles andere als günstig.

Die Skepsis, ja der Zweifel Vieler daran, dass diese Parteien einen guten Plan haben, um die Umbrüche in Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten, scheinen mir groß zu sein.

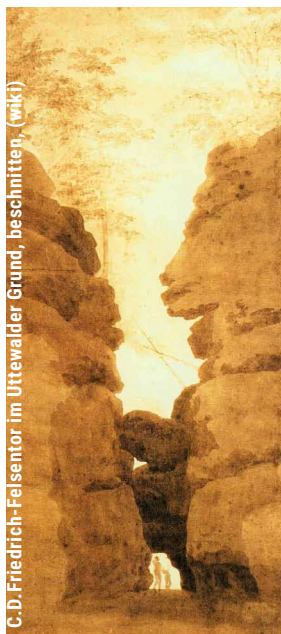
Programmatisch sind wir hinter der Zeit zurück, sagen nicht Wenige in meiner Partei. Wenn damit gemeint sein soll, dass wir in der Linken über die Herausforderungen der Zeit zu wenig wissen – so sage ich: Nein, das ist nicht richtig! Dazu haben wir zu viele kluge Menschen in unseren Reihen. Wenn jedoch gemeint sein sollte, dass wir es nicht vermocht haben, das Wissen zusammen zu führen, einen politischen Willen zu formen, ein Programm daraus zu machen – dann stimme ich dem von Herzen zu!

Andere sagen, das „Erfurter Programm“ der Linken von 2011 sei doch hinreichend. Um sich darüber eine Meinung zu bilden empfehle ich, einmal nicht den üblichen Weg zu gehen und zu fragen: Steht da was drin über die kommende Zeit? Man lese das Parteiprogramm einmal darauf hin, was denn über die seit 2011 stattgefundenen Entwicklungen in der Welt, in Europa, der EU und in Deutschland da drin antizipiert wurde. Ich komme zu dem Ergebnis, dass das

Programm schon damals nicht auf der Höhe der Zeit war. Sorry.

Ich war einmal Mitglied in einer Partei, die brauchte für gewöhnlich zwei Jahre, um ein Bundestagswahlprogramm zu schreiben. Das war die PDS. Nehmen wir einmal an, die nächste Wahl fände regulär im Herbst 2021 statt. Dann können wir uns doch nach der Sommerpause ganz entspannt daran machen, in einem Prozess „nachholender Programmarbeit“ ein grundsolides Wahlprogramm zu erarbeiten, gemeinsam.

Ich hätte da Lust drauf; aus dem Geist der Revolte, einer linken Revolte, das gesellschaftlich Notwendige und das politisch Machbare mit vielen Genossinnen und Genossen zu diskutieren. Jenseits von Personaldebatten und selbstgerechter Schlaumeierei. So, wie wir es auch können.



C.D. Friedrich-Felsenstein im Uttewalder Grund, beschnitten, (wiki)

Dr. Harald Pätzolt Bund-Länder-Koordination, Leiter. Fraktion Die Linke. im Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon +4930/227-51082, Mobil +49171/3143840. harald.paetzolt@linksfraktion.de – www.linksfraktion.de. Links wirkt: Sozial. Gerecht. Friedlich. Abonnieren Sie jetzt: www.linksfraktion.de/newsletter

ArGe Sommerschule 2019 vom 8. bis 10. August 2019 in Erfurt

Die Sommerschule 2019 beginnt am Donnerstag, 8. August (14 Uhr), und dauert bis Samstag, 10. August 2019 (17.30 Uhr).

Donnerstag, 8. August, 14 Uhr Beginn und Begrüßung / Einleitung: MARTIN FOCHLER

Zum Verfahren. Die Texte zur Lektüre und Literaturverzeichnis werden kopiert vorliegen. Der Ablaufplan gibt einen ungefähren Rahmen vor und kann dem Verlauf der Diskussion entsprechend angepasst werden.

Teil I: Die identitären Bewegungen der Rechten in Europa und der Nationalismus. (Geplant: Do. 14.15 Uhr bis Fr. 10 Uhr).

- Originaltext des Begründers der Identitären in Österreich und Deutschland. Martin Sellner: Identitär! Geschichte eines Aufbruchs. Vorbereitung: EVA DETSCHER
- Kulturautor der Identitären. Renaud Camus: Revolte gegen den großen Austausch. Vorbereitung: ROSEMARIE STEFFENS
- Vergleich des identitären Demokratiebegriffs: Zwei kurze Texte von Mario Müller (Kontrakultur) mit dem Carl Schmitts. C. Schmitt: Die geistesgeschichtlich Lage des heutigen Parlamentarismus und C. Schmitt: Der Begriff des Politischen. Vorbereitung: BARBARA BURCKHARDT
- Kurze Einordnung und Lektüre von Ernst Jünger, Der Waldgang. Vorbereitung: KARL HELMUT LECHNER
- Moeller van den Bruck: Das dritte Reich, dazu eine kleine Einordnung, die sich stark auf Volker Weiss, Die autoritäre Revolte stützt. Vorbereitung: CHRISTOPH CORNIDES
- Impulsvortrag von Heinrich Detering: Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten. / Francois Jullien, Es gibt keine kulturelle Identität, Kapitel III und IV, Seite 35–52 / Thomas Bauer, Die Vereindeutigung der Welt, kurzer Hinweis und Auszug von Seite 67–70 über den „Authentizitätswahn“. Vorbereitung: BRUNO ROCKER
- Diskussion über die weitere Arbeit an diesem Thema.

Literaturverzeichnis beim kopierten Material.

Anschließend: Aussprache zu Vorhaben der ArGe. (Geplant: 11 bis 12 Uhr)

Ab 13 Uhr --- Veranstaltung – Siehe nebenstehenden Text.

Organisatorische Hinweise: Wir tagen in der „JH Hochheimer Straße“, in der „JH Klingenstraße“ übernachten wir. Beide liegen nur etwa 5 Minuten Fußweg auseinander. **Adresse:** JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 5626705. Die JH ist vom Bahnhof Erfurt mit der Straßenbahn 6 bis Endstation Steigerstraße zu erreichen. Von dort sind es noch ca. 200 m Fußweg. **Die Kosten** für Ü/F betragen ca. 35 Euro/Tag und Person. Bettwäsche ist vorhanden, bitte Handtücher mitbringen. Mittag-/Abendessen können auf Wunsch in der JH eingenommen werden. Bitte bei der Anmeldung angeben. Auf **Antrag** können in begrenztem Umfang auch **Reisekosten** übernommen werden. Wir sind wie immer als Gruppe angemeldet und haben eine gewisse Anzahl an Betten reserviert. Um die Anzahl entsprechend der Anmeldungen anpassen zu können, bitte wir euch um **ANMELDUNGEN BIS 28. JULI** und nur bei hanne-reiner@onlinehome.de oder telefonisch **030-39808805**.

Teil II : Das christliche Menschenbild in Gesellschaft und Politik und die konservative Abgrenzung zum Nationalismus (Geplant: Fr. 10 bis 12 Uhr und 13 bis 15 Uhr)

Einleitung und Literaturhinweise: KARL HELMUT LECHNER. Wir lesen und erörtern einen bei der Hans-Seidl-Stiftung 2016 erschienen, fünf Seiten kurzen „Tagungsbericht CHRISTLICHES MENSCHENBILD UND ABENDLÄNDISCHE KULTUR Kampfbegriffe oder kulturelle Grundlage?“

Literaturverzeichnis beim kopierten Material.

TEIL III: DAS POLITISCHE LEITBILD DER EMANZIPATION. (Geplant: Fr. 15 bis 18 Uhr, Sa. 9 bis 11 Uhr)

Wir wird der Mensch mündig? Wer bleibt unmündig?

- Immanuel Kant, „Was ist Aufklärung“ und kurzer Auszug aus „Die Methaphysik der Sitten“, Vorbereitung: MARTIN FOCHLER.

Das Ziel der Emanzipation in wirkmächtigen Erklärungen und Abkommen. Einleitung: ROLF GEHRING

- Die französische Erklärung der Menschenrechte.
- Karl Marx, Allgemeine Statuten und Verwaltungs-Verordnungen der Internationalen Arbeiterassoziation (Auszug).
- Die Europäische Menschenrechtskonvention (Auszug).
- Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966.

Freiheitsgüter? Gerechtigkeit als Fairness?

- Kurzer Auszug aus John Rawls „Gerechtigkeit als Fairness“
- Michael Brie: Die wiederentdeckte Eigentumsfrage. Vorbereitung: ROLF GEHRING

Literaturverzeichnis beim kopierten Material

IV. AKTUELLES THEMA: Französisch-deutsche „Industriepolitik“ für Europa?

Was sagen Gewerkschaften und Linke, was sind ihre Ansatzpunkte der Kritik und der Politik dazu? (Geplant von 13.30 bis 17.30 Uhr, Vorbereitung: CHRISTOPH CORNIDES, MATTHIAS PAYKOWSKI.

Auch wenn in Sachen deutsch-französischer Zusammenarbeit unter dem Markenzeichen Europa bisher in der Öffentlichkeit vor allem die Themen Rüstungsindustrie, Aufrüstung und Rüstungsexport wahrgenommen wurde, erschöpfen sich darin nicht die über Paris und Berlin koordinierten Initiativen zur Zusammenarbeit zukünftiger EU-Wirtschafts-, Finanz-, Handels- und Industriepolitik.

Bereits im Juni 2017 hatten über 20 EU-Mitgliedsländer in einer sog. „Berliner Erklärung“ festgestellt, dass sie „... der Auffassung (seien), dass in der Industriepolitik die Weichen für die Zukunft in den folgenden Handlungsfeldern richtig gestellt werden müssen: ...“ und danach folgt eine Aufzählung verschiedener Technologiebereiche, in denen europäische Firmen eine Weltmarktrolle spielen und durch staatliche Politik gezielt gefördert werden müssten.

In den vergangenen Monaten dieses Jahres verfassten das deutsche und französische Wirtschaftsministerium, unterzeichnet von Altmaier und Maire, ein „Manifest“ französisch-deutscher Industriepolitik. Emmanuel Macron ließ in 28 europäischen Zeitungen einen Gastbeitrag erscheinen unter dem Titel: „Wir müssen unsere Wettbewerbspolitik reformieren, unsere Handelspolitik neu ausrichten“. Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) veröffentlichte im März seine „Nationale Industriestrategie 2030“, die vorsieht, dass sich der Staat stärker als bisher in die Förderung einzelner Branchen und Unternehmen einmischen soll. Dass etwa der Zusammenschluss der Zugsparten von Siemens und Alstom durch die EU-Kommission aus kartellrechtlichen Gründen verhindert worden war, dürfe nicht nochmal vorkommen.

Neue kartellrechtliche Regelungen sollen beispielsweise auch staatliche Beteiligungen an Konzernen erlauben. Zur Finanzierung europaweiter Unternehmungen soll der „Europäischen Fonds für Strategische Investitionen (EFISI)“ weiter ausgebaut werden. Als erstes deutsch-französisches Projekt dieser neuen europäischen „Industriepolitik“ soll eine komplette Produktionskette für die Herstellung von Batterien mit über einer Milliarde Euro aus staatlichen Mitteln gefördert werden.

Wir lesen und interpretieren offizielle Dokumente. Kopien werden bereitgestellt.

100 Jahre polnische Arbeitsinspektion

JAKUB KUS, WARSCHAU

Die Arbeitsinspektion in Polen spielte schon immer eine besondere Rolle. Am 3. Januar 1919, ein paar Monate nachdem Polen seine Unabhängigkeit nach über 120 Jahren wiedererlangt hatte, erließ Józef Piłsudski ein einstweiliges Dekret über die Einrichtung und Tätigkeit der Arbeitsinspektion. So wurde eine Inspektionsbehörde ins Leben gerufen, die ein breites Spektrum an Kompetenzen hatte und die als Teil der Regierungsadministration fungierte. Józef Piłsudski, der ursprünglich ein radikaler Sozialist war, hatte in seiner frühen Phase der politischen Tätigkeit sehr fortschrittliche Ansichten. Diese Ansichten änderten sich erst in der 2. Hälfte der Zwanzigerjahre, als er nach dem Putsch 1926 anfang, sein autoritäres Regime aufzubauen. Er unterstützte stets die Arbeitsinspektion, die in der Zwischenkriegszeit wichtig für die Gestaltung eines arbeiterfreundlichen Arbeitsmarktes war. Am 14. Juli 1927 erließ der Präsident der Republik Polen eine Verordnung über die Arbeitsinspektion, die ihr noch weitere Kompetenzen zuwies.

Die Arbeitsinspektion agierte bis Anfang des Zweiten Weltkriegs 1939. Viele Mitarbeiter der Inspektion sind den Besatzern im Laufe der Aktion zum Opfer gefallen, die die Entfernung aller Beamten zum Ziel hatte. Als eine besondere Persönlichkeit der polnischen Arbeitsinspektion gilt Halina Krahelska. Kurz vor ihrem Tod im KZ Ravensbrück erarbeitete sie 1945 „Die Richtlinien zur Gestaltung der Arbeitsinspektion im unabhängigen Polen nach dem Zweiten Weltkrieg“. Viele Ihrer Empfehlungen wurden bei der Neugestaltung der Arbeitsinspektion nach dem Zweiten Weltkrieg berücksichtigt. Der Halina-Krahelska-Preis gilt heute als die wichtigste Auszeichnung im Bereich des Arbeitsschutzes.

1946 wurde das Ministerium für Arbeit und Soziales mit sämtlichen Angelegenheiten bezüglich der Sicherheit, Hygiene und des Arbeitsschutzes beauftragt. Es wurde auch eine Ministerien übergreifende Zentrale Kommission zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsschutz gegründet. Ebenfalls wurden

ihre Pendants in 20 Arbeitsbereichen ins Leben gerufen. Sie war u.a. für die Durchführung von Kontrollen in Hochrisikobetrieben zuständig. Ab 20. März 1950 unterlag die Arbeitsinspektion den Nationalräten, was durch das Gesetz über territoriale Einrichtungen der einheitlichen Staatsgewalt bestimmt wurde. 1950 wurde ein Schulungszentrum der Staatlichen Arbeitsinspektion in Breslau gegründet, das später eine wichtige Rolle bei den Schulungen und der Forschung sowie bei der Standardisierung der Tätigkeit der Arbeitsinspektion spielte. In der Zeit des Stalinismus wurde die Tätigkeit der Inspektion in Polen eingeschränkt. Die Prioritäten für die kommunistisch ausgerichteten Behörden waren: Die Steigerung der Produktion, der Aufbau des Landes und ein gegenseitiger Wettbewerb, der sehr oft auf Kosten der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter stattfand. In dieser Situation verfügte die Arbeitsinspektion nur theoretisch über breite Kompetenzen. In der Praxis hatte sie aber beschränkte Handlungsmöglichkeiten.

Am 10. November 1954, durch das „Dekret zur Übernahme der Aufgaben im Bereich der Ausführung der Gesetze zum Arbeitsschutz und zur Arbeitssicherheit durch die Gewerkschaften“, wurde die Arbeitsinspektion in die gewerkschaftlichen Strukturen einbezogen. Die bisher territoriale Arbeitsinspektion wurde in eine industrieabhängige, technische Arbeitsinspektion umgewandelt. Die scheinbare Abstufung der Inspektion stärkte in Wirklichkeit deren mögliches



Kinderarbeit in der Textilindustrie



Das Staatsoberhaupt Józef Piłsudski unterzeichnet das Dekret über die Einrichtung der Arbeitsinspektion 1919

Potenzial. Die politisch von der Regierung unabhängigen Gewerkschaften verfügen über eine große Handlungsautonomie in Betrieben, was eine effiziente Arbeitsweise der Inspektion ermöglichte. Nach den Streiks 1980 und Gründung einer unabhängigen, gewerkschaftlichen Bewegung, wurde am 6. März 1981 ein Gesetz über die Staatliche Arbeitsinspektion (PIP) verabschiedet, die die Ausführung des Arbeitsrechts, insbesondere der Arbeitssicherheit, überwachen sollte. Die Regierung wollte die Arbeitsinspektion „übernehmen“ und den Einfluss der Gewerkschaften auf sie unterbinden.

Seitdem unterlag die Inspektion dem Nationalrat. Am 29. Mai 1989, im Laufe der politischen Transformation, wird die Staatliche Arbeitsinspektion dem polnischen Parlament (Sejm) untergeordnet. Diese außergewöhnliche Lösung gilt bis heute, obwohl die Regierung mehrmals versucht hat, auf die Inspektions Einfluss zu nehmen.

1990 wurde der Rat für Arbeitsschutz ins Leben gerufen, der die Arbeitsbedingungen und die Staatliche Arbeitsinspektion überwacht. Er ist ein Beratungsorgan des polnischen Parlamentspräsidenten. Im Rat sitzen Parlaments-



Justyna Budzińska-Tylicka (w białej koszuli i krawacie) podczas wiecu Centrolewu w Dolinie – 1930 r. (domena publiczna)

Aktivistinnen bei der Mitte-Links-Kundgebung von 1930

mitglieder, Vertreter der Regierung, Vertreter der Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sowie Vertreter sozialer Einrichtungen, die sich mit dem Arbeitsschutz befassen. Zum Rat werden auch Experten und Wissenschaftler berufen.

Nach dem 1. Mai 2004, nach Polens Beitritt zur Europäischen Union, wurde die Staatliche Arbeitsinspektion (PIP) zum vollwertigen Mitglied des Komitees der Hohen Arbeitsinspektoren.

Am 13. April 2007 wurde ein neues Gesetz über die Staatliche Arbeitsinspektion verabschiedet, das u.a. die Kontrolle der legalen Beschäftigungsbedingungen zu deren Kompetenzen hinzufügte. Die Staatliche Arbeitsinspektion in Polen hat sehr vielfältige Kompetenzen und Zuständigkeiten. Sie überwacht jegliche Arbeitsbedingungen (nicht nur bezüglich der Sicherheit und Gesundheit), agiert als Verbindungsstelle in Fragen der Arbeitnehmerentsendung, überwacht die Nutzung gefährlicher Substanzen in der Wirtschaft und kontrolliert, ob Personen mit Migrationshintergrund legal beschäftigt werden. Obwohl die Regierung auf die Wahl des Hauptinspektors einen Einfluss ausübt, ist die Institution in großem Maße regierungsunabhängig. Da das System der Tarifverträge in Polen nur schwach etabliert ist, fungiert die Inspektion als natürliche Verbündete der Gewerkschaften. Sowohl auf nationalem als auch auf lokalem Niveau besteht die Inspektion aus industriebezogenen Arbeitssicherheitsräten (u.a. im Bauwesen und in der Landwirtschaft), die als Foren des bürgerlichen Dialogs agieren. Beschwerden seitens der Arbeitnehmer bezüglich einer nicht neutralen Arbeitsweise der Inspektion kommen relativ selten vor.

Abgesehen von Streiks sind die Interventionen der Arbeitsinspektion das einzige wirksame Instrument für die Arbeitnehmer im Falle schwieriger Konflikte mit Arbeitgebern.

Übersetzung durch: Nordica Translations
b.v.b.a, Zelzate/Belgien

Arbeitsgesetzbuch oder Tarifverträge? – das Dilemma der polnischen industriellen Beziehungen

Jakub Kus, Warschau. Polen ist seit vielen Jahren ein „weißer Fleck“ auf der Karte der Branchen-Tarifverträge in Europa. Durch die Branchen-Tarifverträge sind nur einige wenige Arbeitnehmergruppen erfasst. Durch betriebsübergreifende Tarifverträge sind u.a.: manche Arbeitnehmer der Selbstverwaltung, Arbeitnehmer der staatlichen Budget-Sphäre (Militär, Waldwirtschaft, Meereswirtschaft) sowie der Energiebranche und des Braunkohlebergbaus erfasst. Warum so wenige?

Es gibt viele Gründe. Unter anderem werden die geringe Zahl der Mitglieder der Berufsverbände und die Schwäche der Arbeitgeberverbände als Gründe genannt. Das ist u.a. der fehlenden Möglichkeit eines effektiven Handelns der Verbände in kleinen Firmen und der fehlenden Attraktivität des Zusammenschlusses zu Arbeitgeberverbänden zuzuschreiben. Es fehlt an repräsentativen Arbeitgeberorganisationen in vielen Sektoren. Das Recht in Polen regt nicht dazu an, industrielle Beziehungen auf Tarifverträge zu stützen. Deren Zahl nimmt langsam ab – auch auf der Betriebsebene. Ein Tarifvertrag ist sehr schwierig abzuschließen und lässt sich sehr leicht kündigen. Er ist schwierig abzuschließen, weil ein Tarifvertrag vorteilhaftere Lösungen für die Arbeitnehmer enthalten muss als das Arbeitsgesetzbuch. Und das Arbeitsgesetzbuch ist sehr ausführlich. Das ist ein interessanter Rechtsakt. Er wurde 1974 – in der Zeit des „realen Sozialismus“ verabschiedet, und er hat sich insofern als gut erwiesen, als man ihn ganz einfach an die neue Gesellschaftsform und Marktwirtschaft nach 1989 anpassen konnte. Allerdings wurde er bis heute etwa 80-mal novelliert. Vor kurzem wurde die Arbeit an einem neuen Arbeitsgesetzbuch eingestellt. Die neuen gesellschaftlichen Akteure konnten sich nicht auf seinen Inhalt einigen, und die Regierung ist nicht das Risiko des Forcierens eines Rechtsprojekts ohne ihr Einverständnis eingegangen. Man sagt, dass die Berufsverbände, als sie in den 90ern des 20. Jahrhunderts einen sehr großen Einfluss auf den Prozess der Entwicklung des Rechts hatten, einen Fehler begingen – indem sie auf sehr ausführli-

che und stark arbeitnehmerfreundliche Rechtslösungen setzten und nicht die Lösungen stützten, die den autonomen und dreiseitigen Dialog stärken. Das hat bei ungünstigen Gesetzen über die Berufsverbände und Arbeitgeberverbände zu einer Hemmung der Entwicklung der Tarifverhandlungen geführt.

Ob dem wirklich so war – das ist schwierig zu sagen. Fakt ist, dass gegenwärtig die Tarifverträge in den Firmen sich kaum von den Bestimmungen des Arbeitsgesetzbuches unterscheiden und oft nicht die Tarifordnung zur Lohnregelung enthalten. Heute setzen die Berufsverbände in Unternehmen oft mehr auf die Möglichkeit der Verhandlung der Arbeitsordnungen, die durch den Arbeitgeber in Firmen mit mehr als 50 Beschäftigten eingeführt werden müssen, als auf Tarifverträge. Die erste Arbeitsordnung führt der Arbeitgeber nach einer Beratung mit den Berufsverbänden ein. Aber in jede weitere Änderung der Arbeitsordnung müssen dann die Berufsverbände schon einwilligen. Das öffnet den Raum für Verhandlungen. Die Berufsverbände und Arbeitgeber-Organisationen treffen in Polen andere Vereinbarungen, die keine Tarifverträge sind und vielmehr Empfehlungen für die Sektor-Arbeitsmärkte darstellen. Bestimmte Hoffnungen werden in die Bildung der Sektor-Räte in Kompetenzfragen gesetzt. Diese definieren die Qualifikationsrahmen der Branchen, mit denen indirekt Einfluss auf die Lohnregelungen bzw. die Lohnhöhe genommen werden kann.

Das könnte ein neues Kapitel im Dialog der Branchen sein. Aber es führt noch ein sehr weiter Weg zu wirklichen Veränderungen.



„Verfassung vom 3. Mai 1791“, Gemälde von Jan Matejko, 1891, Wikimedia. Rechts. Manifest des Polnischen Komitees für nationale Befreiung 1944
Neu bei <http://www.linkekritik.de/index.php?id=wegemarken>: Die vom Autor dieses Kalenderblatts erstellte Zeitleiste zu POLEN

Inhalt	
Aktuell	2
Ursula von der Leyens Kommissionspräsidentenschaft: Eine Herausforderung für die Friedenspolitik • Noch nicht im Amt, aber die Minister springen vom rasenden Brexit-Zug • Bremen: Linke-Mitglieder stimmen Koalitionsvertrag zu	
Brasilien nach der Wahl Bolsonaros: Der Block Boi – Biblia – Bala	4
Durch die Ozeane zur Macht	7
Aktionen – Initiativen: Umweltverbände zur CO₂-Gesetzgebung	8
Umweltverbände begrüßen Vorschlag für Erhöhung der Luftverkehrssteuer • Stillstand in der Klimapolitik unverzüglich zu beenden • WWF: Klimakabinett endet ohne Entscheidungen • Das Schlüsselwort zum Klimaschutz heißt: Jetzt! • Petition für 365-Euro-Ticket: Bahn und Bus für 1 Euro – jetzt in ganz Deutschland! • VCD-Kernforderungen für die Verkehrswende	
Fridays For Future fordert die Einhaltung der Ziele des Pariser Abkommens	9
Berlin – Vorreiter gegen „Mietenwahnsinn“?	10
Senat beschließt Eckpunkte für ein Berliner Mietengesetz/Mietendeckel • Beschluss Landesparteitag Die Linke Berlin	
Kommunale Politik: Wahlreflexe	12
Grün-Schwarz in Baden-Württemberg treibt Mieter*innen in die Armut: Karlsruhe. • Rettungsschirm für Mieter*innen auch in München • Wohnungsnotfallhilfe: Leipzig. • Mietentscheid: Rechtsgutachten öffentlich machen. Frankfurt a.M. • Mieter vor Spekulanten schützen! Gera. • WiN will Wohnungsbau bremsen! Norderstedt. • Ein Mietendeckel für Köln. • Sozialer Haushalt und Neuausrichtung des Wohnungsbaus für Oldenburg. • Statistiken zu Wohnungsneubau in Hannover.	
Die EU braucht eine Richtlinie für armutsfeste Grundsicherungssysteme	14
Über 50 000 setzen Zeichen für eine gerechte Transformation	15
Blick in die Presse: Klimapolitik	
Rechte Provokationen --- Demokratische Antworten	16
„Europa der Nationen“	16
Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?	18
Habermas zum Neunzigsten	18
Ein merkwürdig unruhiger Sommer, eine unübersichtliche Zeit	20
ArGe Sommerschule in Erfurt	21
Kalenderblatt, 100 Jahre polnische Arbeitsinspektion	22

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 22. August 2019. Redaktionsschluss: Freitag, 16. August. Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Erscheinungstermine 2019: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 27. Juni, 25. Juli, 22. August, 10. Oktober, 7. Nov., 5. Dez.

Kommunen bieten „Sichere Häfen“

alk. Insgesamt 78 Kommunen (Städte oder Landkreise) in Deutschland haben sich dem Netzwerk „Sichere Häfen“ angeschlossen, so meldet die Aktion Seebrücke mit Stand von 22. Juli auf ihrer Internetseite. Die Städte, Gemeinden oder Landkreise stellen sich damit gegen die Abschottungspolitik Europas und leisten damit einen Beitrag, um mehr Menschen ein sicheres Ankommen zu ermöglichen. Die 78 Orte erfüllen damit mindestens eine von acht Forderungen der Aktion Seebrücke: Öffentliche Solidaritätserklärung, aktive Unterstützung der Seenotrettung, Aufnahme von geretteten Menschen zusätzlich zur Quote, Unterstützung von Aufnahmeprogrammen des Landes oder Bundes, für ein langfristiges Ankommen sorgen, für nationale und europäische Vernetzung, Beteiligung am Bündnis sichere Häfen und Transparenz.

Stellvertretend für die vielen Beschlüsse zitieren wir hier aus der Presseerklärung der Linken-Abgeordneten Göky Akbulut zum Beitritt Mannheims als 70. Kommune:

Mannheim nun auch sicherer Hafen

In seiner Sitzung am 9. Juli beschloss der bald scheidende Mannheimer Gemeinderat, sich der Initiative „Sichere Häfen“ anzuschließen. Mannheim ist damit die 70. Kommune in Deutschland, die diesem Städtenetzwerk beiträgt und damit seine Bereitschaft erklärt, freiwillig Bootsgeflüchtete aufzunehmen. Dazu die Mannheimer Abgeordnete Göky Akbulut:

„Ich freue mich ganz besonders, dass sich nun auch Mannheim, meine Wahlkreisstadt, zum „sicheren Hafen“ erklärt hat. Diese Entscheidung hat der Ge-

meinderat gestern in seiner letzten Sitzung der aktuellen Legislatur getroffen. Begleitet wurde die Entscheidung von vielen bunten Protesten der Seebrücke Mannheim, mit Schlauchboot und Rettungswesten lagen die Aktivist*innen beispielsweise vor dem Rathausaal und haben so anschaulich gezeigt, worum es hier geht. Schließlich ertrinken jede Woche Menschen im Mittelmeer, da es für sie keine legalen Fluchtrouten gibt. Für diejenigen, die die Fahrt übers Mittelmeer schaffen und das Glück hatten, von mutigen Seenotretter*innen wie Rackete gefunden worden zu sein, beginnt dann oft erst die eigentliche Irrfahrt. Während sich also die europäischen Häfen oft weigern, Bootsgeflüchtete aufzunehmen, senden die Initiatoren mit dem Konzept der Sicheren Häfen nun das Signal: Ja, wir sind bereit. Wir werden unserer humanitären Verantwortung gerecht und wollen dafür auch über das gesetzlich Vorgeschriebene hinausgehen!

Damit haben sich nun 70 Städte in ganz Deutschland aufnahmebereit für Geflüchtete gezeigt. Das ist ein starkes Signal an die Bundesregierung, endlich tätig zu werden. Denn leider können die Städte Geflüchtete nicht direkt aufnehmen, sondern müssen warten, bis Bund und Länder endlich die dafür nötigen Regelungen schaffen. Es ist deswegen unbedingt notwendig, dass wir die Selbstverwaltungsrechte der Städte ausbauen, damit diese nicht von Einzelentscheidungen des Innenministeriums abhängig sind. Sei es bei der Aufnahme Geflüchteter oder beim Klimaschutz – oft sind es die Städte, die mutig voranschreiten während Bund und Länder hadern. Dafür brauchen sie aber auch die entsprechenden Befugnisse und die finanzielle Ausstattung.“



Die zivilgesellschaftliche Initiative Seebrücke Mannheim forderte den Mannheimer OB Peter Kurz am 21. Mai auf, dem Bündnis Seebrücke beizutreten. Anträge dazu gab es aus dem Gemeinderat von SPD, Grünen, FDP und der Linken.